

DIE LANDTAGSWAHLEN 2014-2017:

BEWEGUNG UND STABILITÄT IN DEN REGIONALEN PARTEISYSTEMEN UND DAS WAHLVERHALTEN VON ARBEITERN

Inhalt:

Offenheit, Volatilität und Kurzfristigkeit: Wachsende Unberechenbarkeit im Wahlverhalten und Rechtsverschiebung im Parteiensystem.....	4
Auftreten eines neuen Spielers und Verschiebung nach »rechts«	4
Populistische Mobilisierung der »Abgehängten«?	5
(Ehemalige) Nichtwähler – ziemlich rechtslastig	7
Die politische Zusammensetzung der AfD-Stimmen.....	8
Wandern »die Arbeiter« nach rechts?	9
Wer ist das: »Arbeiter«?	10
Subjektive Selbsteinstufung.....	10
Das aktuelle Wahlverhalten von »(erwerbstätigen) Arbeitern«	13
Politisierung der Trennlinie Fachlehrberufe/akademische Berufe?.....	16
Alter und Geschlecht	18
Einzelne Aspekte der Wahlergebnisse für DIE LINKE	19
Anhang – Abbildungen und Tabellen.....	21
Abbildung 1: Wachsende Volatilität im Stimmverhalten	21
Abbildung 2: Veränderung der Wahlbeteiligung.....	21
Abbildungen 3: Wahlbeteiligung: populär – prekär.....	22
Abbildung 4: Parteipräferenzen vormaliger Nichtwähler	23
Abbildung 5: Was die neuen Nichtwähler 2016 vorher gewählt hatten.....	23
Abbildung 6: Politische Herkunft der AfD-Stimmen.....	24
Abbildung 7: Sachsen-Anhalt Gemeinden 2016 – AfD-Stimmen und Beteiligung	24
Abbildung 8a, b: Subjektive Schichtzugehörigkeit.....	25
Tabelle 1a: Subjektive Schichtzugehörigkeit und (berufliche) soziale Lage	25
Tabelle 1b: Soziale Lage und subjektive Bewertung 2004 und 2014	26
Tabelle 2: Wahlverhalten »erwerbstätiger Arbeiter« bei den Landtagswahlen 2014-2017	26
Tabelle 3: Stimmenanteile unter erwerbstätigen Arbeitern für die »großen« Parteien des regionalen Parteiensystems.....	27
Abbildung 9: Parteiwahlverhalten erwerbstätige Arbeiter.....	27
Tabelle 4: Verhältnis Stimmenanteil unter Arbeitern zu demjenigen unter Angestellten.....	29
Tabelle 5: Stimmenanteile für AfD nach höchstem Bildungsabschluss	30
Tabelle 6: Abwendung von den großen Parteien nach Bildung.....	30
Tabelle 7: Verhältnis Stimmenanteile Bildungsschichten »Mittlere Reife« zu »Hochschule«	31
Abbildung 11a: Parteiwahlverhalten von jungen Männern und Frauen in Nordrhein-Westfalen	37
Abbildung 11b: Parteiwahlverhalten von jungen Männern und Frauen in Sachsen.....	38
Abbildung 11c: Parteiwahlverhalten von Männern in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen	39
Abbildung 11d: Parteiwahlverhalten von Männern in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen	40
Tabelle 8: Unterschiede im Stimmverhalten jung zu alt	41
Tabelle 9: Wählermobilisierung DIE LINKE – Zweitstimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten	41
Tabelle 10: Mobilisierung bei der jüngsten Landtagswahl gegenüber Bundestagswahl 2013 ...	42
Landtagswahl NRW – Auswertung Wahlkreise DIE LINKE.....	42

Zur Einführung

Vor den Bundestagswahlen im September 2017 erscheint es gerade auch mit Blick auf die Bewertung des Ergebnisses sinnvoll, einen summarischen Blick auf die zurückliegenden Landtagswahlen nach der Bundestagswahl 2013 zu werfen. Sie waren geprägt von den Erfolgen eines neuen politischen Akteurs, der »Alternative für Deutschland« und harten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes, die vor allem von einer rechten Bewegung (PEGIDA) forciert, von der AfD als Bewegungspartei ins Parteiensystem transportiert und in der Debatte um Zuwanderung und Flüchtlinge auch gewalttätig zugespitzt wurden. Gleichzeitig veränderten sich die außenpolitischen Koordinaten und mit ihnen die Wahrnehmung der Welt, in der das Land agiert und vertreten wird. Einzelne Wahlergebnisse zeugten von großer Bewegung unter den Wahlberechtigten.

Dieser Rückblick auf die Landtagswahlen wiederholt nicht, was in den einzelnen Wahlnachtberichten an Befragungsergebnissen zu Motiven und Sorgen der Wählenden zusammengetragen worden ist. Diese Analyse verzichtet nahezu vollständig darauf, die Gründe für bestimmte Wahlentscheidungen zu ermitteln.

Folgende Fragen werden auf der Basis der Wahlergebnisse und des erfragten Wahlverhaltens behandelt.

- Was sagen die Landtagswahlergebnisse hinsichtlich der Annahme, dass die Offenheit der Wahlberechtigten für andere Parteien zunimmt und auch der tatsächliche Wechsel (Volatilität)? Gibt es eine politische Richtung, in die Offenheit und Volatilität tendieren?
- Trifft die Annahme zu, dass es der AfD gelungen ist, die »Abgehängten« zu mobilisieren?
- Trifft es zu, dass vor allem die AfD Nichtwähler erreichte? Wer profitierte von der ab 2016 gestiegenen Wahlbeteiligung?
- Ist die AfD die neue Arbeiterpartei? Wie setzen sich die Stimmen für die AfD sozial und politisch zusammen?
- Was wählen überhaupt »Arbeiter«? Um diese Frage beantworten zu können, ist eine längere Beschäftigung mit der Frage notwendig, wer das in den Statistiken überhaupt ist: »Arbeiter«. Untersucht wird dann das aktuelle Wahlverhalten von erwerbstätigen Arbeitern vor historischem Hintergrund.
- Wie stellen sich diese Tendenzen für Männer und Frauen, für Junge und Alte dar, wie verteilen sich Offenheit und Volatilität über die Generationen?
- Zum Schluss wird gefragt, wie sich die Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit der Linkspartei in den Ländern in den vergangenen zehn Jahren verändert hat.

Die Analyse beruht auf den Daten des amtlichen Wahlergebnisses und den Nachwahlbefragungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen. Bei Frage, wer eigentlich »Arbeiter« ist, wird vor allem auf die ALLBUS-Daten zurückgegriffen. Für den Stadtstaaten Bremen und Hamburg stehen diese Daten nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung, insbesondere weil das Wahlrecht es nicht zulässt, die Mehrfachstimmen Personen zuzuordnen. Da für einen Vergleich wesentlich ist, dass die Datengrundlage nicht wechselt, kommt Bremen gar nicht und Hamburg nur vereinzelt in der Analyse vor.

Zur Veranschaulichung sind die behandelten Entwicklungen vielfach auch grafisch oder tabellarisch zusammengefasst. Zur besseren Übersicht sind sie an Seite 21 in einem Anhang zusammengestellt.¹

¹ Diese Analyse schließt vielfach an meine beiden Aufsätze in der Zeitschrift »Sozialismus« an: Horst Kahrs: Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit, Heft 7-8/2016. Horst Kahrs: Neuer Nationalismus. Verteidigungsstrategie in globalen Verteidigungskämpfen, Heft 4/2017

Offenheit, Volatilität und Kurzfristigkeit: Wachsende Unberechenbarkeit im Wahlverhalten und Rechtsverschiebung im Parteiensystem

Bei allen zwölf Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2013 sinkt der Anteil der Stamm- bzw. Wiederwählerinnen und -wähler, hierunter auch der Anteil derjenigen, die immer die gleiche Partei wählen. Die Bereitschaft, die Parteipräferenz zu wechseln steigt, die Offenheit für andere Parteien wächst, die Parteibindung bzw. die Haltung, dass man nur auf eine bestimmte Partei vertrauen kann, nimmt ab.²

Ausschlaggebend hierfür sind zwei oft zusammenhängende Tendenzen. Erstens die Bereitschaft, der eigenen Stimme mehr Gewicht zu verleihen, indem stärker nach taktischen Gesichtspunkten entschieden wird (z.B. der vermutete Wahlausgang, die erwartete Koalition, bestimmte pointierte Forderungen oder Haltungen). Zweitens die Enttäuschung über die Entwicklung einer Partei, der man über lange Zeit »blind« vertraut hat, also über deren offenkundigen Bruch mit den auf sie gerichteten Erwartungen dazu, wie sie sich in politischen Auseinandersetzungen verhalten und entscheiden würde. Solche Brüche führen allerdings oft mehrheitlich zur Nichtwahl statt zur Wahl einer anderen Partei (»Denkzettel«).

Mit der wachsenden Bedeutung des taktischen Wählens (mit Bezug auf die FDP bekannt unter dem Begriff »Leihstimmen«) nimmt auch der Anteil derjenigen Wählerinnen und Wähler zu, die sich erst kurzfristig, wenige Tage vor dem Wahltermin entscheiden, ob sie an einer Wahl teilnehmen und welche Partei sie wählen werden. Auch diese Tendenz bestätigte sich in den zurückliegenden Landtagswahlen.

Beide Phänomene, die wachsende Bereitschaft, eine andere Partei als zuvor zu wählen, und der zunehmende Anteil derjenigen, die sich erst in enger zeitlicher Nähe zum Wahltag entscheiden, sind nicht vorwiegend schichten- oder klassenspezifisch festzumachen. Allein, bei jüngeren sind sie stärker ausgeprägt als bei älteren Wahlberechtigten. Außerdem spielt die politische Dynamik des regionalen Parteiensystems eine gewisse Rolle.

Schließlich: zur kurzfristigen Ausrichtung von Wahlentscheidungen zählt auch eine zunehmende Entscheidung nach politischer Stimmungslage bzw. aktuell medial-öffentlich vorherrschenden Themen. Besonders verbreitet ist die Wahlentscheidung nach kurzfristigen, aktuellen Themen unter jüngeren Wählerinnen und Wählern.³

Längerfristige Vorhersagen über das Wahlverhalten auf der Basis von Daten zur sozialen Lage, sozialer Klassen- und Milieuzugehörigkeit bleiben und werden anhaltend unsicherer. Ebenso nimmt die »prognostische Magie« der »Sonntagsfragen« ab, Wahlausgänge bleiben bis zum Schluss offen. Wahlkampftechniken, die sich auf Big-Data-Algorithmen stützen, laufen Gefahr, an aktuellen Wählerpotentialen und -bewegungen vorbei zu agieren.

Auftreten eines neuen Spielers und Verschiebung nach »rechts«

Die Volatilität im Stimmverhalten wurde bei den Landtagswahlen 2014-2017 stark geprägt durch das Auftreten eines neuen Spielers auf dem Feld der Parteienkonkurrenz. Mit der AfD trat ein Akteur auf, dem jeweils der Sprung in den Landtag zugetraut wurde, der also auch bei taktischen Wahlentscheidungen eine Rolle spielen konnte (keine »verschenkte« Stimme).

Eine in der Wahlforschung tradierte Methode zur Messung der Volatilität ist die Addition von Gewinnen und Verlusten der parlamentarischen Parteien (vgl. [Abbildung 1](#) im Anhang). Um die politischen Kräfteverschiebungen deutlich zu machen, werden die Gewinne und Verluste der

² Vgl. z.B. Aiko Wagner, Wettbewerb aus Wählerperspektive. WZB-Mitteilungen 156, Juni 2017, S. 25-27.

³ Vgl. Bertelsmann-Stiftung, Generation Wal-O-Mat, Gütersloh November 2014

Parteien, die gemeinhin von Befragten in Umfragen »links der Mitte« verortet werden (LINKE, SPD, GRPÜNE, PIRATEN) kumuliert und denen der Parteien »rechts der Mitte« (CDU, FDP, AfD) gegenübergestellt. »Links« gehen Stimmenanteile von bis zu 20,2% verloren (Sachsen-Anhalt), »rechts« werden bis zu 22,7% gewonnen. Da es sein könnte, dass diese Bewegung über die beiden »Volksparteien« hinweggeht, diese also in der Summe stabil bleiben, wurden auch die Gewinne und Verluste von SPD und CDU saldiert. Es zeigen sich vor allem für die Wahlen 2016 auch große Verluste dieser beiden Parteien der »politischen Mitte« - mit unterschiedlichen Folgen für das jeweilige regionale Parteiensystem:

In Baden-Württemberg festigen die Grünen dank ihres Ministerpräsidenten ihre Rolle als neue große Partei. In Sachsen-Anhalt gerät das gesamte seit 1990 bestehende Drei-Große-Parteiensystem ins Rutschen. Die Wahlergebnisse 2017 zeigen ähnlich wie die Wahlausgänge 2014/15 in der Regel – Ausnahme Hamburg – Verluste links und Gewinne rechts bei stabiler Mitte. 2017 fällt diese Links-Rechts-Verschiebung indes deutlich stärker aus als 2014. Die gesellschaftspolitischen Zuspitzungen entlang der »Zuwanderungspolitik«⁴ 2016 kann zu einer nachhaltigen Verschiebung nach rechts im Feld des Parteienwettbewerbs geführt haben, die sich bei den kommenden Wahlen fortsetzen würde. Diese Vermutung wird durch die aktuellen Sonntagsfragen zur Bundestagswahl bestärkt.

Für linke Parteipolitik stellen sich drei jeweils für sich auch schmerzhaft Fragen. Wie ist auf die Rechtsverschiebung zu antworten? Warum konnte insbesondere die Linkspartei seit nunmehr über sechs Jahren aus dieser wachsenden Volatilität und Stimmungsabhängigkeit bei Wahlscheidungen keinen nennenswerten Gewinn ziehen? Gleichzeitig gilt für die bei den Wahlen 2016/17 besonders deutlich gewordene Zustimmung unter jüngeren Menschen aus akademischen Milieus: Sie könnte in hohem Maß tagesaktuell, thematisch bestimmt sein – Wie können daraus stabilere Bindungen entstehen?

Populistische Mobilisierung der »Abgehängten«?

Das Auftreten einer neuen parteipolitischen Mitspielerin allein führte zu keinem Anstieg bei der Wahlbeteiligung, im Gegenteil, sie sank 2014 und 2015 unter das Niveau der Vorwahl. Erst bei den Landtagswahlen 2016 stieg die Wahlbeteiligung teilweise stark an. Auch 2017 lag die Wahlbeteiligung höher als bei den vorhergehenden Landtagswahlen. (vgl. [Abbildung 2](#)). Nicht die AfD, sondern die bundespolitische Aufladung der Landtagswahlen durch die gesellschaftspolitische Polarisierung zur Zuwanderungspolitik, in der sich die AfD auf einem Pol positionierte, spielte hierbei die entscheidende Rolle. Erstmals erreichte in einigen Ländern die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen so nahezu das Niveau der dortigen Beteiligung an der Bundestagswahl 2013.

Nimmt man die Beteiligung an Bundestagswahlen als Maßstab für die Verbreitung des allgemeinen wahlpolitischen Interesses in der Bevölkerung, so kann, jenseits von Einzelfällen, nicht von einer generellen Mobilisierung von Dauernichtwählern durch die AfD, von einem Einbruch ins »Lager der Nichtwähler« gesprochen werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Menschen, die sich für Bundespolitik, aber nicht für Landespolitik interessieren, zur Wahl gegangen sind. Es zeigt sich, dass thematische Polarisierungen, in diesem Sinne politische Richtungsentscheidungen, zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung führen können.

Die jüngsten Landtagswahlen waren, um mit dem Titel einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zur NRW-Wahl zu sprechen, »populär«, blieben aber sozial »prekär«. In Wahlkreisen und Be-

⁴ »Zuwanderungspolitik« wird hier als Bezeichnung für ein gesellschaftspolitisches Syndrom verwandt: Aufnahme von Flüchtlingen, Islamfeindschaft, gefühlter Kontrollverlust in Politik und Arbeitswelt, autoritäre Rebellion gegen liberale/libertäre kulturelle Modernisierungen.

zirken, in denen sie bei der Vorwahl überdurchschnittlich war, stieg sie stärker an als in Bezirken mit unterdurchschnittlicher Beteiligung.⁵ Die Schere in der Wahlbeteiligung geht weiter auseinander und damit der Umschlag von sozialer Ungleichheit in politische Ungleichheit.

Zum Beispiel Köln⁶: Bei einer Wahlbeteiligung von 64,3% in der gesamten Stadt lag der Stadtteil Hahnwald mit 82,1% an der Spitze, der Stadtteil Chorweiler mit 31,9% am Ende, hier stieg auch die Wahlbeteiligung weniger stark als in Hahnwald. Was die Bertelsmann-Stiftung für eine repräsentative Auswahl von Stimmbezirken zeigt, bildet sich auch noch auf der Ebene von Wahlkreisen ab. In Wahlkreisen mit höherer Wahlbeteiligung 2012 steigt die Beteiligung 2017 in der Tendenz stärker (siehe Abbildungen 3a-b). Bei der Landtagswahl gelang vor allem eine Mobilisierung »bürgerlicher« Wählerschichten, politisch-ideologisch: von Anhängern der Mitte-rechts-Parteien (siehe nächstes Kapitel).

Die Spreizung der höchsten (69,3% Münster I) und niedrigsten (48,2% Duisburg-Wesel) Wahlbeteiligung auf Ebene der Wahlkreise betrug 2012: 21,1 Prozentpunkte. 2017 lag sie mit 21,9 Prozentpunkten leicht höher (höchste Beteiligung: 75,0% im WK Köln III, niedrigste mit 53,1% im WK Duisburg III).

Ein Jahr zuvor war das Bild differenzierter: Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 hingegen verringerte sich der Abstand zwischen höchster und niedrigster Beteiligung in den Wahlkreisen von 25,1 Prozentpunkte auf 18,6 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 3c).

Bei der gleichzeitig stattfindenden Wahl in Rheinland-Pfalz war der Zusammenhang zwischen niedriger Wahlbeteiligung 2011 und starkem Anstieg 2016 deutlich schwächer ausgeprägt, die Spreizung erhöhte sich sogar leicht von 19,2 auf 19,5 Prozentpunkte.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Spreizung bei der Wahlbeteiligung auf Wahlkreis-Ebene von 17,9 auf 16,7 Prozentpunkte leicht, stieg in Bezirken mit niedriger Wahlbeteiligung 2011 stärker an, allerdings nicht so ausgeprägt wie in Baden-Württemberg. Anders als in Baden-Württemberg schmolz der Abstand zur Beteiligung an der Bundestagswahl auf nur noch einen Prozentpunkt. Ein Blick auf die kleinere Ebene der Städte und Gemeinden zeigt dann, dass in einer Vielzahl von Gemeinden die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2016 über derjenigen bei der Bundestagswahl lag (bis zu sieben Prozentpunkte) und dass diese positive Differenz in Gemeinden mit niedriger Wahlbeteiligung in der Tendenz stärker ausfiel als in solchen mit höherer Wahlbeteiligung (wobei in Sachsen-Anhalt eine hohe Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg nur eine niedrige Wahlbeteiligung wäre) (Abbildung 3d).

In Sachsen-Anhalt finden sich im Frühjahr 2016 somit regionale Ausnahmen von der Regel. Hier könnte die AfD in Verbindung mit dem Zuwanderungsthema in der Tat zu einer Remobilisierung von Dauernichtwählern beigetragen haben. Zeitlich begrenzt (für 2016) gilt, dass in einigen, nicht allen Ländern 2016 die Wahlbeteiligung tendenziell dort stärker stieg, wo sie zuvor niedrig war. 2017 gilt dies bereits nicht mehr. Bei den Landtagswahlen 2017, hier dargestellt für Nordrhein-Westfalen, zeigt sich das vertraute Bild, dass die Beteiligung in den Wahlkreisen mit höheren Durchschnittseinkommen, niedrigerer Arbeitslosenquote und höherem Anteil (formal) hoher Bildungsabschlüsse stärker steigt. Wie am Beispiel Köln gezeigt, verstärkt sich die potentielle Umwandlung sozialer Ungleichheit in politische Ungleichheit, gemessen an der »Beteiligungs-Spanne«, weiter.

Angesichts solcher Verfestigungstendenzen stellt sich aus linker Sicht (nicht nur wahlpolitisch) die Frage, ob diese sozialen Segmentierungen noch unter den Sammelbegriffen »prekär«,

⁵ Bertelsmann-Stiftung: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017, Gütersloh 2017; <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populaere-wahlen-nrw/>

⁶ Vgl. Neue Kölner Statistik (NSK), Ausgaben 3/2017 und 4/2017; www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/statistik/

»prekäre Viertel/Verhältnisse« oder »Prekarität« angemessen zu fassen sind. Bereits in den 1990er Jahren wurde von Karl Heinz Roth für bestimmte soziale Schichten von einer »Wiederkehr der Proletarität« gesprochen: »Armut und Enge in der Lebensführung und grundlegende Unsicherheit im Lebensschicksal als den Folgen der Lohnarbeit«, enge (geschlossene) Lebensverhältnisse, aus denen kein Weg hinauszuführen scheint⁷, proletarische Lebensverhältnisse eben. Proletarität als wahrgenommene gemeinsame soziale (Klassen-)Lage reproduziert sich sowohl individuell bzw. familial, vor allem aber sozialräumlich (»abgehängte Viertel«) und beruflich (siehe die Untersuchungen zum neuen »Dienstleistungsproletariat« etwa von Friederike Bahl, Christoph Bartmann, Claudia Koppetsch, Philipp Staab).

Offensichtlich sind diese Wähler-Segmente allein mit den klassischen sozialstaatlichen Verteilungsforderungen nicht zu mobilisieren.

(Ehemalige) Nichtwähler – ziemlich rechtslastig

Seit der Bundestagswahl 2013 fallen, mit Ausnahme der Wahl in Hamburg, die Parteipräferenzen ehemaliger Nichtwähler mit durchschnittlich 60% zu Gunsten von Mitte-Rechts-Parteien aus: CDU, FDP, AfD (und Sonstige). 2016 konnte die AfD mit dem Flüchtlingsthema überdurchschnittlich vorherige Nichtwähler mobilisieren. 2017 mobilisierte vor allem die CDU. Die Wahlen im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg waren zudem von einer starken Mobilisierung für die Partei des Ministerpräsidenten bzw. der Ministerpräsidentinnen geprägt. Die starke Mobilisierung der Union 2017 kann auch als Gegenreaktion in bürgerlich-konservativen Kreisen zur erstarkenden AfD verstanden werden, als Rückendeckung für die »ruhige«, »unaufgeregte« Amtsführung der Bundeskanzlerin in Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit und Unsicherheit. Allerdings sollte dieser Aspekt bis auf weiteres nicht überbewertet werden: Nordrhein-Westfalen waren 2012 überdurchschnittlich viele Unionswählerinnen und -wähler zu Hause geblieben.

Die Parteien links der Mitte können seit Jahren (hier: ab 2013) nur unterdurchschnittlich vormalige Nichtwähler für sich begeistern (vgl. [Abbildung 4](#)). Und umgekehrt: Die Parteien links von der Union verlieren überdurchschnittlich Wähler und Wählerinnen an die Wahlenthaltung. Seit der Abgeordnetenhaus-Wahl in Berlin kommen noch die erheblichen Verluste der Piratenpartei an die Nichtwähler hinzu, die in der [Abbildung 5](#) unter »Andere« enthalten sind (vgl. [Abbildung 5](#)).

Für die Parteien »rechts der Mitte« zeigt sich im gesamten Zeitraum seit der Bundestagswahl – mit Ausnahme der Bürgerschaftswahl in Hamburg – eine stärkere Mobilisierung von früheren Nichtwählern als bei LINKE, SPD und Grünen zusammen – auch hier gibt es für einzelne Parteien bei einzelnen Wahlen Ausnahmen. DIE LINKE schnitt unter ehemaligen Nichtwählern – Ausnahme: Hamburg – regelmäßig schlechter ab als im Wahlergebnis insgesamt. Weiter zeigt sich, dass die Parteien »rechts der Mitte« unterdurchschnittlich Stimmen an die Wahlenthaltung verlieren. Im Saldo gewinnen sie demnach an Stärke durch die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler. Bei den Wahlen 2016 erscheint diese Bewegung überdurchschnittlich zu Gunsten der AfD, 2017 zu Gunsten der CDU. Vermutlich wurden jeweils unterschiedliche soziale und ideologische Segmente im Nichtwähler»lager« angesprochen. Generell kann jedoch von einer relativen Nähe des statistisch-durchschnittlichen Nichtwählers zu autoritären, antidemokratischen und chauvinistischen Positionen ausgegangen werden.⁸

⁷ Josef Mooser: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970, Frankfurt/M. 1984, S. 225.

⁸ Vgl. Decker, Kiess, Brähler: Die enthemmte Mitte, Gießen 2017; Stark, Wegscheider, Brähler, Decker: Wahlurne ohne WählerInnen – eine Analyse der Ursachen für Nichtwahl in Deutschland; in Kahrs (Hrsg.): Wahlenthaltung. Zwischen Abwendung, Verdrossenheit und Desinteresse, Berlin 2017

Neben der generellen Schwäche der Linkspartei bei der Mobilisierung von Nichtwählern und Nichtwählerinnen ist beachtenswert, dass es in bestimmten Situationen (starke MP-Persönlichkeit) quasi über die zur Wahl stehende Persönlichkeit (»Welcher Persönlichkeit sollen die Amtsgeschäfte anvertraut werden?«) gelingt, entgegen dem Trend für die jeweilige Partei auch Nichtwähler zu mobilisieren (siehe Grüne in Baden-Württemberg, SPD am gleichen Tag im Nachbarland Rheinland-Pfalz). Für eine wachsende (Nicht-)Wählergruppe könnte gelten: Die Person, in der sich eine Partei, ihre Anliegen und ihr Image, personifizieren, die zugleich in einem gewissen Spannungsverhältnis zu ihrer Partei steht, nicht als »Apparatschik«, sondern eben als »Persönlichkeit« handelt, Charisma ausstrahlt, eine solche Person scheint Wählerinnen und Wähler mobilisieren, sie zu Entscheidungen motivieren, für sie stellvertretend Komplexität der Parteivielfalt reduzieren zu können.

Man macht sich ein Bild von der Person, um sich die Mühe eines Bildes von der Partei zu ersparen. In unübersichtlichen Verhältnissen und Lagen setzt man Vertrauen in das (vermeintlich) besonnene Handeln einer Person, nicht in das einer Partei, die immer auch im Parteienwettbewerb stehend wahrgenommen, entsprechend misstrauisch beäugt und daher als Teil des Problems wahrgenommen wird. Man kann hierin durchaus eine zaghafte deutsche Parallele zu personengebundenen Bewegungen in den Parteilandschaften anderer Staaten sehen sowie ein Indiz für die Ausbreitung bzw. Anziehungskraft eines neuen Autoritarismus.

Die politische Zusammensetzung der AfD-Stimmen

Die politische Zusammensetzung der AfD-Stimmen nach ihrer politischen Herkunft (siehe [Abbildung 6](#)) hat sich bei den Wahlen 2017 erneut verändert. Dominierte 2013-2015 die Zuwanderung von enttäuschten Anhängerinnen und Anhängern anderer, »etablierter« Parteien, so 2016 die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern, die an der vorherigen Landtagswahl nicht teilgenommen hatte. Sie stellten Sachsen-Anhalt laut den Berechnungen von Infratest dimap fast 40% der AfD-Stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern 35% und in Rheinland-Pfalz und Berlin auch jeweils ein Drittel. Die Stimmen ehemaliger Wähler der etablierten Parteien machten nur noch ein Drittel, höchstens die Hälfte der AfD-Stimmen aus. 2017 prägten in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen vor allem die Stimmen vormaliger Wähler »sonstiger Parteien« die AfD-Wählerschaft.

Das politische Geschäftsmodell der AfD aus der Phase der »Krise der Flüchtlingspolitik« 2015/16 hat seinen Zenit deutlich überschritten, der Bundesregierung, insbesondere der Union, ist eine Eindämmung dieser politischen Rebellion gelungen.

Die regionale Zusammensetzung der AfD-Stimmen folgt 2016/17 sichtbar einem Muster: dort, wo zuvor die Wahlbeteiligung eher niedriger war, ist der Stimmenanteil für die AfD eher überdurchschnittlich und umgekehrt. Klar und deutlich trifft dies in Sachsen-Anhalt 2016 zu, in Baden-Württemberg weniger deutlich (hier sind die Abweichungen von der Tendenz zahlreicher). Das gleiche Muster findet sich auch in Nordrhein-Westfalen wieder. Allerdings darf man sich von den hohen Stimmenanteilen nicht täuschen lassen, da die niedrige Wahlbeteiligung verzerrend wirkt. So beteiligten sich in der Stadt Hecklingen, Sachsen-Anhalt, von den gut 6.000 Wahlberechtigten 50,7% an der Landtagswahl, ein deutlicher Anstieg gegenüber den 37,5% in 2011, auch gegenüber den 48,4% bei der Bundestagswahl 2013. Die AfD erhielt die Stimmen von 30,5% der Wählerinnen und Wähler, das Ergebnis zählt zu den 30 besten in den 218 Städten und Gemeinden des Landes. Bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten sind es »nur« 15,5% der Wahlberechtigten, ein Ergebnis eher im Durchschnitt des Landes und in etwa genauso hoch wie wenige Monate später in nördlichen Berliner Stadtteilen bei der Abgeordnetenhauswahl. Ähnlich Zahlen (31,5% / 15,5%) liegen auch für die vielfach zitierte Stadt Bitterfeld-Wolfen vor.

Diese Relativierungen sollen die Wahlerfolge der AfD nicht entdramatisieren, sondern davor warnen, einen vorschnellen und eiligen Zusammenhang zwischen vermeintlich »abgehängten Regionen« und AfD-Wahlerfolgen herzustellen. Sofern ein Zusammenhang zwischen »abgehängten Regionen« und politischem Interesse hergestellt wird, bleibt trotz AfD der dominante Charakterzug Gleichgültigkeit und Abwendung gegenüber bzw. von der Politik.

Bezogen auf die Wähler schwanken die AfD-Ergebnisse auf Gemeinde-Ebene in Sachsen-Anhalt zwischen 14,6% und 39,2%, bezogen auf die Wahlberechtigten zwischen 7,7% und 25,6%. Diese großen Unterschiede lassen sich nicht allein sozioökonomisch oder soziokulturell erklären, sondern es kommt eher darauf an, wie die lokalen Öffentlichkeiten, Vereinsstrukturen und sozialen Netzwerke beschaffen sind, welche Rolle eine Partei bzw. ihre lokalen Protagonisten in den Alltagsgesprächen spielen. Hierfür spricht, dass die AfD in den Gemeinden stärker gewonnen hat, in denen die Wahlbeteiligung 2016 höher lag als bei der Bundestagswahl 2013, was sich zu einem erheblichen Prozentsatz deckt mit dem Zusammenhang, dass die Gewinne der AfD dort größer waren, wo sie auch bereits 2013 einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil erzielt hatte (vgl. Abbildung 7).

Die diversen Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft vermitteln ein uneinheitliches Bild - je nach Zeitpunkt der Erhebung. Offensichtlich verändert sich die Anhängerschaft je nach politischer Konjunkturlage. Gleichwohl: die Unterschiede bilden ein Spektrum ab, welches für eine national-populistische Partei erreichbar ist, in der Sprache der Wahlforscher: ein »Potenzial«. Die meisten AfD-Wähler scheinen, so weitgehend übereinstimmende Befunde zu verschiedenen Erhebungszeitpunkten, aus mittleren Einkommensgruppen zu stammen, die hohen Einkommensgruppen sind deutlich schwächer vertreten als bei Grünen, FDP, CDU und auch SPD, aber stärker als unter den LINKE-Wählern. Die unteren Einkommensgruppen machen einen größeren Anteil aus als bei SPD und Union, etwa den gleichen wie bei FDP und Grünen und einen deutlich kleineren als bei der Linkspartei. (Zur weiteren sozialen Aufschlüsselung vgl. die nachfolgenden Abschnitte.)

Wandern »die Arbeiter« nach rechts?

Grundsätzlich gilt: Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, sozialem Status, ideologischer Orientierung (»politischem Milieu«) einerseits und aktuellem Wahlverhalten andererseits wird lockerer. Konnte man bei Landtagswahlen vor 30 oder 40 Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% »vorhersagen«, dass ein »Arbeiter« die SPD wählen würde, so trifft das in der Gegenwart für Parteipräferenzen nicht mehr zu. Allenfalls, so hat Armin Schäfer für Landtagswahlen in einer Langzeitbetrachtung ermittelt, könne man mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% vorhersagen, dass Arbeiter sich enthalten, nicht an einer Wahl beteiligen würden, und zwar je niedriger das Einkommen, desto höher noch diese Wahrscheinlichkeit. Es liegen nach den jüngsten Wahlanalysen keine Erkenntnisse vor, wonach dieser Befund relativiert werden müsste.⁹

Wenn die AfD unter »Arbeitern« bei den jüngsten Landtagswahlen einen Stimmenanteil von bis zu 38% (Sachsen-Anhalt 2016) erzielt, so bedeutet dies also nicht, dass 38% der Arbeiter diese Partei gewählt haben, sondern 38% derjenigen Arbeiter, die an der Wahl teilgenommen haben und sich bei der anschließenden Befragung als »Arbeiter« eingestuft haben. Wie groß diese Grundgesamtheit »wählende Arbeiter« ist, bleibt unbestimmt und somit bleibt auch unklar, welchen Anteil die Stimmen von Arbeitern an allen Stimmen für die AfD (oder eine andere Partei)

⁹ Vgl. Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt/M. 2015

ausmachen.¹⁰ Es ist daher nicht möglich, mit den Daten der Wahltagsbefragungen und der repräsentativen Wahlstatistik ein soziales Profil der AfD-Wählerschaft zu zeichnen. Möglich ist dies, wie mehrfach geschehen, eher mit repräsentativen Umfragen, die wiederum bisher daran kranken, dass sich das politische Profil der AfD in der Vergangenheit schneller änderte als wissenschaftliche Umfragen ausgewertet werden konnten.¹¹

Wer ist das: »Arbeiter«?

Die Kategorisierung als »Arbeiter« in den Untersuchungen zum Wahlverhalten beruht auf einer Selbsteinstufung der Befragten.

Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet zunächst zwischen »berufstätig, Rentner, arbeitslos, in Ausbildung« und dann zwischen den sozialen Status-Gruppen »Arbeiter, Angestellter, Beamter, Selbstständiger, Landwirte«. Unter diese Status-Gruppen fallen dann auch verrentete oder arbeitslose Arbeiter, Angestellte usw. Bei »Arbeitern« hat man es nicht zwingend mit dem Wahlverhalten noch erwerbstätiger Arbeiter zu tun.

Anders verhält es sich bei den Befragungen von Infratest dimap, hier wird nach »Arbeitern, Angestellten, Beamten, Selbstständigen, Rentnern, Arbeitslosen« unterschieden. Mit großer Sicherheit hat man es hier, wahrheitsgemäße Angaben immer vorausgesetzt, dann mit erwerbstätigen »Arbeitern« zu tun.

Diese Unterschiede in der Systematik können einen erheblichen Teil der unterschiedlichen Angaben beider Institute erklären. Laut Infratest dimap wählten 17% der Arbeiter jüngst in Nordrhein-Westfalen die AfD, laut Forschungsgruppe Wahlen waren es in der »Berufsgruppe Arbeiter« nur 11,1%. Da in dieser Berufsgruppe auch Rentner enthalten sind, das Wahlergebnis der AfD bei über 60jährigen deutlich unterdurchschnittlich ausfiel, es sich hierbei aber um eine zahlenmäßig eher große Gruppe handelt, lässt sich der Unterschied etwa so lesen: Unter erwerbstätigen, eher jüngeren Arbeitern erzielte die AfD 17% ihrer Stimmen, nimmt man auch die verrenteten Arbeiter hinzu, waren es nur 11%.

Nach der Zusammenlegung der Rentenversicherung der Arbeiter mit der Rentenversicherung der Angestellten gibt es keine offensichtliche sozialrechtliche Unterscheidungsmöglichkeit mehr, die als Kontrollfrage verwendet werden könnte. Bekanntlich verrichten auch Beamte oder Angestellte (im Dienstleistungssektor) Handarbeit, so dass auch diese klassische (sozialrechtliche) Unterscheidung zwischen »blue collar« und »white collar« wenig weiterhilft, um die subjektive Schichteinstufung zu bestätigen. Es ist unklar, ob die Einstufung als Arbeiter in klarer Abgrenzung zu den anderen Statusgruppen erfolgt oder ab hier tradierte Herkünfte und Zugehörigkeiten ausschlaggebend sind.

Subjektive Selbsteinstufung

Die ALLBUS-Befragung liefert seit 1980 Längsschnittdaten zur subjektiven Schichteinstufung. Gefragt wird nach der Selbsteinstufung in Unterschicht, Arbeiterschicht, Mittelschicht (differenziert auch in untere, mittlere, obere) und Oberschicht. Die Selbsteinstufung in die »Arbeiterschicht« beinhaltet bei dieser Kategorisierung die Abgrenzung von der »Mittelschicht«, wer sich

¹⁰ Man kann es sich in etwa so vorstellen: Bei 5 Millionen Arbeitslosen, von denen 50% wählen gehen, und sich bei der Befragung nach Verlassen des Wahllokals als Arbeitslose zu erkennen geben, steht ein Stimmenanteil vom 20% für 500.000 Stimmen. Bei 2,5 Millionen Arbeitslosen bräuchte es unter sonst gleichen Bedingungen einen Stimmenanteil von 40%, um absolut gleich viele Arbeitslosen-Stimmen zu bekommen.

¹¹ So ist am 22. Juni 2017 in der online-Ausgabe der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie gerade eine Untersuchung von Holger Lengfeld erschienen, die Umfragedaten vom November 2016 zu der Frage ausgewertet, ob die AfD eine Partei der Modernisierungsverlierer sei – was im Ergebnis verneint wird. Basis war die im November bekundete Wahlabsicht bei der Bundestagswahl im September 2017.

zur Arbeiterschicht zählt fühlt sich nicht der Mittelschicht zugehörig. Nach dem Stand der letzten publizierten ALLBUS-Auswertung für 2014 zählten sich in Westdeutschland 23% der befragten Erwachsenen zur Arbeiterschicht und in Ostdeutschland 36%.¹² Diese Zahlen beziehen sich auf alle erwachsenen Personen, gleich ob erwerbstätig oder bereits verrentet.

Gerade erschienen ist eine Auswertung des DIW der Daten von ALLBUS 2016. Danach stufen sich 2016 noch 19% der Erwerbstätigen als Arbeiter ein, 2000 waren es noch 37% gewesen.¹³

Im Zeitverlauf betrachtet unterliegt die Zuordnung zur Arbeiterschicht in Westdeutschland konjunkturellen Schwankungen, nimmt aber in der Tendenz ab, von etwa einem Drittel auf ein Viertel der Befragten (vgl. Abbildungen 8).

Untersuchungen aus der Zeit vor den regelmäßigen ALLBUS-Erhebungen zeichnen für die alte Bundesrepublik etwa für 1976 folgendes Bild: Sozialrechtlich zählten 42,5% der Erwerbstätigen (und ihrer Familien) als »Arbeiter« und 43,7% als »Beamte« und »Angestellte«. Subjektiv ordneten sich 30% als Angehörige der »Arbeiterschicht« und 55% als der »Mittelschicht« zugehörig ein. Unterschieden nach Alter zeigt sich die soziale Aufwärtsmobilität und die veränderte Selbsteinstufung noch deutlicher: Von den über 60jährigen ordneten sich 39% als Arbeiter ein, von den 35-59jährigen 30% und unter den 18-34jährigen sahen sich selbst nur noch 22% als Angehörige der Arbeiterschicht. Von denjenigen, die sozialrechtlich als »Arbeiter« galten, gleich ob noch erwerbstätig oder bereits verrentet, sahen sich 60% als Angehörige der Arbeiterschicht und 35% der Mittelschicht zugehörig. Von den Angestellten und Beamten sahen sich 11% als Arbeiterschicht, 73% als Mittelschicht.¹⁴

In Ostdeutschland rechnen sich Anfang der 1990er Jahre rund 55% zur Arbeiterschicht, ab den 2000er Jahren wird diese Selbstverortung brüchig und sinkt seit 2006 kontinuierlich auf deutlich unter 40% in 2014. Offensichtlich wandelt sich die Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der (ostdeutschen) Gesellschaft deutlich – mit allen sozialpsychologischen Konsequenzen.

Zugehörigkeit beinhaltet sowohl die Selbstverortung im sozialen Gefüge der Gesellschaft als auch eine eher kulturelle, traditionale Identifikation mit einer bestimmten Schicht. Selbstverortung und (berufliche) soziale Lage stehen in keinem unmittelbaren kausalen Zusammenhang, vielmehr gehen in die Selbsteinstufung auch Faktoren wie die familiäre Herkunft, Traditionen, Milieubindungen ein, etwa wenn sich 16% der »qualifizierten Angestellten/gehobenen Beamten« in Westdeutschland in die Arbeiterschicht einordnen (vgl. Tabelle 1a im Anhang).

Wer sich zur Arbeiterschicht zählt, muss nicht unbedingt ein »blue collar«-Erwerbstätiger sein. Bei Schlussfolgerungen aus dem Wahlverhalten von »Arbeitern« muss daher berücksichtigt werden, dass diese Personen aus sehr unterschiedlichen sozialen Lagen kommen können, dass diese Zuordnung keiner homogenen sozialen Stellung im Erwerbs- und Berufsleben entspricht.

¹² Destatis/WZB/SOEB, Datenreport 2016, Bonn 2016, online unter www.bpb.de. Den Rückgang dieser Selbsteinstufung in Ostdeutschland lässt sich mit der geschwundenen sozialen und sozialpsychologischen Bedeutung der Zugehörigkeit zur »Arbeiterklasse« erklären. Andererseits erstaunt die anhaltend hohe Selbsteinstufung in Westdeutschland, allen Thesen der »Verbürgerlichung« der Arbeiter zum Trotz. Die »Flucht aus den Arbeiterberufen«, die mit der sozialdemokratisch flankierten Bildungsexpansion einsetzte schwanden auch die arbeitertypischen positiven, selbstaufwertenden sozialen Identifikationen, das Ansehen des körperlich Arbeitenden verschlechterte sich bereits ab den 1960er Jahren. Josef Mooser konstatierte 1984: »Wahrscheinlich besonders bei weniger qualifizierten Arbeitern hat sich eine Art von Schamgefühl über ihr Arbeitersein erhalten, das sie in der Öffentlichkeit unsicher macht und die inferiore Stellung im Betrieb lieber verbergen lässt.« (Mooser 1984, S. 216)

¹³ Karl Brenke, Alexander S. Kritikos: Wählerstruktur im Wandel, DIW-Wochenbericht 29/2017, S. 595-606, S. 599.

¹⁴ Rainer M. Lepsius: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Hans-Ulrich Wehler: Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166-209, hier nach Tabellen S. 169, 188, 189.

Gleichwohl gibt es etwas Verbindendes: In einem gesellschaftlichen Klima, in dem alles zur Mitte strebt, in der viel von der Mittelschicht die Rede ist, bekennt sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung als nicht zugehörig, sondern besteht auf dem Status »Arbeiter/Arbeiterschicht«. Diese wiederum führt im politischen öffentlichen Diskurs kaum mehr als ein Schattendasein.

Leider verknüpft der »Datenreport« die subjektive Schichtzugehörigkeit nicht mit der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Aber für die beruflichen sozialen Lagen liegen solche Einschätzungen vor, und zwar für die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage und für die Einschätzung, ob man einen »gerechten« oder »mehr als gerechten« Anteil am Lebensstandard erhält. Der Vergleich der Bewertungen für die Jahre 2004 und 2014 gibt einige Hinweise, wie sich in sozioökonomischer Hinsicht Elemente eines »Arbeiterbewusstseins« entwickelt haben könnten (vgl. Tabelle 1b). Facharbeiter in Ost und West bewerten ihre eigene wirtschaftliche Lage mit einem deutlich höheren Anteil als gut bzw. sehr gut (31% – 61% in Ost- und 32% – 59% in Westdeutschland), doch gefragt, ab der eigene Anteil am Lebensstandard gerecht sei, empfindet dies in Westdeutschland 2004 wie 2014 nur die Hälfte der Facharbeiter, in Ostdeutschland steigt der Anteil von weniger als einem Viertel auf etwas mehr als ein Drittel. Genauso gespalten sind die Urteile der un- und angelernten Arbeiter. Für die einfachen Angestellten und Beamten liegen aufgrund einer anderen Systematik für 2004 keine gesonderten Angaben vor, die Zahlen für 2014 sind in Westdeutschland die niedrigsten unter allen Erwerbstätigen, in Ostdeutschland liegen sie noch niedriger, aber leicht über denen un- und angelernter Arbeiter¹⁵. Das Gefühl, von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt zu sein, nicht das zu bekommen, was einem eigentlich zustehen würde, erhält hier eine erste empirische, über-individuelle, womöglich kollektive Gestalt.

Gleichzeitig ist diese Selbsteinstufung, insbesondere die relative Stabilität in Westdeutschland erstaunlich, zumindest, wenn man den dramatisierenden Befunden neuerer Publikationen einer »öffentlichen Soziologie« folgt, wonach alle zur Mitte streben, um dort dann von Statusängsten geplagt zu werden, z.B. Oliver Nachtwey: *»Die Statusängste der Mitte führen mitunter zu ökonomistischen Deutungen, zu negativer Klassifikation und zur Abwertung schwächerer Gruppen (...) Die Mitte kündigt zum Teil die Solidarität mit den Schwächeren auf; indem sie sich abgrenzt, vergewissert sie sich ihrer selbst. Wo vorher noch eine gewisse Liberalität herrschte weicht sie nun rigoroseren Vorstellungen über Moral-, Kultur- und Lebensführung. (...) Die Sozialfigur des Arbeiters taugt nicht mehr zu einer positiven Selbstbeschreibung. Arbeiter bauen längst nicht mehr das siebentorige Theben, ferner glaubt praktisch niemand mehr, sie seien das universelle Subjekt der gesellschaftlichen Emanzipation. Als Arbeiter gilt man vielmehr als abgehängt, als jemand, der es individuell nicht geschafft hat. Die kollektive Identität der Arbeiterschaft wurde ersetzt durch das allgemeine Streben nach einem Mittelklassestatus. (...) Früher hatten Lohnarbeiter durchaus noch ein positives Bild von der eigenen Zukunft, hatten das Streben nach Aufstieg und Eigenverantwortung verinnerlicht. Heute fühlen sie sich ausgegrenzt, deklassiert, diskriminiert – und hoffnungslos. An eine bessere Zukunft für sich glauben sie kaum mehr.«*¹⁶

Träfe dieser Befund zu, würden sich zur Arbeiterschicht nur noch die Deklassierten zählen, was offensichtlich Unsinn ist: Ein Viertel bis ein Drittel der Gesellschaft definierte sich selbst über Jahrzehnte hinweg in Abgrenzung zur Mitte bzw. Mittelschicht. Als »Arbeiter« sahen und sehen sich nicht nur die Angehörigen des von Nachtwey unter »Lohnarbeiter« gefassten »modernen Dienstleistungsproletariats« (Bahl, Staab), sondern ebenso industrielle Facharbeiter. Wer sich in den ALLBUS-Fragebögen nicht zur Unterschicht und nicht zur Mittelschicht, sondern zur da-

¹⁵ Die Unterschiede zwischen Ost und West spiegeln auch, dass un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland häufiger einen beruflichen Abstieg erlebt, also eine berufliche Qualifikation haben.

¹⁶ Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 167-169

zwischen liegenden Arbeiterschicht zugehörig fühlt, verbindet mit dem Begriff »Arbeiter« offensichtlich nicht nur Diskriminierung und Deklassierung. »Mitte« war immer eine gesellschaftspolitische Konstruktion, die sich nicht in sozialen Indikatoren (allein) fassen lässt. Sozial ging es darum, dass Arbeiter sich aus proletarischen Verhältnissen herausarbeiten, einen bescheidenen Wohlstand erwerben und ihren Kindern einen sozialen Aufstieg ermöglichen konnten, indes blieben sie Arbeiter. Politisch war »Mitte« oder auch die »neue Mitte« Willy Brandts immer so etwas wie Definition eines (gesellschafts-)politischen Zentrums, welches im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen sollte, also zentraler Ort der politischen Mehrheitsbildung. Nicht zur Mitte zu gehören, bedeutete immer auch, mit seinen Interessen und Lebensführungsmodellen nicht im Mittelpunkt der sozialstaatlichen Normen und der Gesetzgebung zu stehen. Insofern hätte die subjektive Selbsteinstufung als »Arbeiter« immer auch einen politischen Gehalt.

Das aktuelle Wahlverhalten von »(erwerbstätigen) Arbeitern«¹⁷

Das Wahlverhalten von Arbeitern unterschied sich bei den letzten Landtagswahlen zwischen den einzelnen Ländern deutlich, nicht nur nach Ost und West (vgl. Tabelle 2). Ein länderübergreifendes »Klassenwahlverhalten« im Sinne einer bestimmten Parteipräferenz lässt sich im Wahlzyklus 2014-2017 auf dieser Datenbasis nicht erkennen. Vielmehr scheint das Wahlverhalten traditionellen ideologischen Bindungen an eine der beiden großen Traditionen der Arbeiterbewegung in Deutschland, der kurzfristigen (opportunistischen) Orientierung an der wahrscheinlich erfolgreichen Partei und einem Protestwahlverhalten (aktuell: Präferenz für die AfD) zu folgen. Möglicherweise finden sich regional auch interessengeleitete Motive (z.B. in Baden-Württemberg).

Traditionell wählten in der alten Bundesrepublik Arbeiter, nach der Konsolidierung des Dreiparteiensystems mit den beiden großen Volksparteien SPD und CDU/CSU sowie der Funktionspartei FDP bei Bundestagswahlen zu 90% und mehr eine der beiden großen Volksparteien. 1976 stimmten unter den wählenden Arbeitern für die SPD 60% und für die Unionsparteien 33%. Deutlich unterschied sich dabei das Wahlverhalten von katholischen Arbeitern (43% SPD, 55% CDU/CSU) von demjenigen protestantischer Arbeiter (SPD 71%, CDU/CSU 20%).¹⁸ In diesem Wahlverhalten spiegelten sich weniger religiöse Vorlieben als die beiden großen sozialmoralischen Traditionslinien, die sich in der deutschen Arbeiterbewegung ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts herausbildeten, allmählich die drei anderen marginalisierten und bis heute etwa in Gestalt unterschiedlicher ideologischer Grundorientierungen, sozialer Milieus und Handlungsmuster erhalten haben.¹⁹ Eine zweite Unterscheidung der Parteipräferenzen fällt mit der Qualifikation zusammen: un- und angelernte Arbeiter wählten 36% Union und 62% SPD, gelernte Arbeiter 44% Union und 49% SPD; einfache und mittlere Angestellte gaben zu 45% der Union und zu 44% der SPD ihre Stimme, höhere Angestellte und Beamte 58% der Union und 76% der SPD. Mit der Qualifikation und dem sozialen Status stieg der Stimmenanteil der

¹⁷ Da diese Arbeit auf der Analyse tatsächlichen Wahlverhaltens und nicht bei Umfragen erfragten Parteipräferenzen beruht, sei hier nur in der Fußnote auf jüngste ALLBUS-Auswertung von Branke/Kritikos hingewiesen: Der Anteil erwerbstätiger Arbeiter (Stellung im Beruf) unter allen erwerbstätigen Wahlberechtigten macht 2016 19% aus, die entsprechenden Anteile für die einzelnen Partei lauten: Union 16%, SPD 17%, Grüne 9%, AfD 34%, Linke 22%, FDP 11%, Andere Partei 25%, Unentschlossene 20% und Nichtwähler 39%. Der Anteil der Erwerbstätigen, also die Bezugsgröße des Arbeiteranteils, stellte sich bei den Parteipräferenzen so dar: Union 54%, SPD 53%, Grüne 62%, AfD 56%, LINKE 52%, FDP 54%, Andere Partei 76%, Unentschlossene 50%, Nichtwähler 59%; insgesamt: 56%.

¹⁸ Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970*, Frankfurt/M. 1984, S. 210.

¹⁹ Zur Aktualität vgl. etwa Sabrina Apicella: *Amazon in Leipzig. Von den Gründen (nicht) zu streiken*, rls-Studie Mai 2016; <https://www.rosalux.de/publikation/id/8801/amazon-in-leipzig/>

FDP: von 2% bei ungelernten auf 6% bei gelernten, von 10% bei einfachen und mittleren auf 14% bei höheren Angestellten und Beamten.²⁰

Es waren andere soziale Schichten, vor allem junge akademische, die sich mit ihrem Wahlverhalten aus diesem klassischen Dreiparteiensystem lösten und sich anderen Parteien zuwandten. Arbeiter taten dies als letzte der abgefragten Berufsgruppen. Wahlpolitische Offenheit bedeutete hier zunächst und vor allem, zwischen diesen beiden »Arbeiterbewegungsparteien« zu wechseln – oder gar nicht mehr zu wählen, wie zuerst in den von Deindustrialisierung betroffenen Großstädten ab Mitte der 1980er Jahre zu beobachten war.

Nach der Systematik der Forschungsgruppe Wahlen stimmten bei der Bundestagswahl 2002 immer noch 84% der wählenden Arbeiter für die beiden großen Volksparteien, aber nur 76% der Angestellten und 74% der Beamten. 2005 jedoch erhielten SPD und Union zusammen nur noch 69% der Arbeiterstimmen und 70% bzw. 71% von Angestellten und Beamten. 2009 schließlich erreichte die Ablösung ihren bisherigen Höhepunkt: nur noch 56% der Arbeiter, 57% der Angestellten und 62% der Beamten stimmten für CDU/CSU oder SPD. Bei der Bundestagswahl 2013 setzte eine die Berufsgruppen übergreifende Rückkehr zu den beiden großen Parteien ein: 68% der wählenden Arbeiter, je 67% der Angestellten und Beamten stimmten für die beiden großen Parteien. Das Wahljahr 2005, geprägt von den Arbeitsmarktreformen, brachte eine entscheidende Wende im Arbeiterwahlverhalten, die Abwendung von den beiden großen Parteien, einen Bruch mit dem tradierten Wahlverhalten, der sich 2009 fortsetzte. Überwiegend war dies eine Abwendung von der Wahl, zum kleineren Teil eine Hinwendung zu anderen Parteien: 2005 vor allem zur Linkspartei aus PDS und WASG-Kandidatinnen und -Kandidaten, 2009 zur FDP und LINKE, 2013 konnte allein die LINKE gewonnene Anteile halten. Unter erwerbstätigen Arbeitern erreichte sie, jetzt nach Infratest dimap-Zahlen, 12%, dann 18% und 2013 wieder 13%. Die FDP sackte 2013 von 13% auf 9%, die AfD erreichte 2013 bereits 6%.

Für die Frage nach der Stabilität eines Parteiensystems ist entscheidend, in welchem Spektrum sich die Präferenzen von Wählenden verändern. Finden die Wechsel nur zwischen zwei Parteien statt, so ist das System ziemlich stabil. In diesem Sinne wird in der folgenden Untersuchung des Wahlverhaltens von Arbeitern gefragt, ob die Anteile der großen Parteien in der Summe sich veränderten. Zu den großen Parteien zählen in den westdeutschen Ländern CDU und SPD, in Ostdeutschland zählt auch die LINKE/PDS in diesem Sinne zum stabilen Kern des regionalen Parteiensystems.

Das aktuelle Wahlverhalten von Arbeitern bezüglich der Zustimmung zu SPD und Union passt sich, hinsichtlich Offenheit und Volatilität, nachholend demjenigen anderer Berufsgruppen an. Es lässt sich, so die hier anschließende These, lediglich mit Blick auf frühere Wahlen, mindestens zurück bis zum Jahr 2005, bewerten. Dabei sind zwei Fragen von Bedeutung: In welchem Umfang wandten sich wählende Arbeiter von SPD und CDU/CSU ab? Welchen Parteien wendeten sie sich zu und wie dauerhaft war diese neue Präferenz?

Die Abwendung der erwerbstätigen Arbeiter von diesem parteipolitischen Kern des regionalen Parteiensystems vollzieht sich in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten (siehe [Tabelle 3](#)) und in unterschiedlicher Gestalt.

In Sachsen sank der Anteil von Union, SPD und LINKE bereits 2004 um über 20 Prozentpunkte auf 66% und blieb bis einschließlich der letzten Landtagswahl 2014 auf etwa diesem Level. Es waren vor allem Verluste der Union, während die LINKE mit einem Anteil von 17-19% über die 15 Jahre stabil blieb und die SPD zuletzt mit 11% Stimmenanteil leicht besser lag als 1999 (10%). Der Anteil der Union sank zunächst von 58% auf 44% und 40%, bei der Wahl 2014 gar auf 34%. Profitiert haben davon zunächst vor allem die NPD, dann NPD und AfD. Sachsen

²⁰ Lepsius 1979, S. 187.

kann durchaus als Ausnahme angesehen werden. Der Nachfolger von »König Kurt« Biedenkopf, Georg Milbradt, vermochte die absolute Mehrheit der Union nicht zusammenzuhalten, ihre Auflösung besonders unter Arbeitern erfolgte als anhaltende Bewegung nach rechts (mit einem Zwischenhoch für die FDP 2009). (vgl. Abbildungen 9).

In den anderen ostdeutschen Flächenländern (und in Berlin) vollzieht sich die Abwendung von den drei großen Parteien in einer ersten, kleinen Welle bei den Wahlen 2004-2006, eine zweite größere folgt bei den Wahlen 2014-2016, wobei die Abwendung 2016 deutlich heftiger ausfällt als 2014. In Berlin und Sachsen-Anhalt erreichen die drei Parteien nicht einmal mehr 50%, in Mecklenburg-Vorpommern gerade noch 51%.

In den westdeutschen Flächenländern verläuft diese Entwicklung in vergleichbaren zeitlichen Etappen, aber zunächst durchaus in andere politische Richtungen. Im Saarland brechen SPD und Union 2009 auf gemeinsam 52% unter erwerbstätigen Arbeitern ein, die LINKE wird mit 34% stärkste Partei. Anschließend legen SPD und Union zu Lasten der Linkspartei wieder zu auf zuletzt 64%. Zwischenzeitlich erreicht 2012 die Piratenpartei unter Arbeitern 11%, die AfD 2017 erhielt 9%. In Baden-Württemberg verlieren Union und SPD ebenfalls ab 2006, es beginnt sich anders als in anderen Bundesländern bereits zu diesem Zeitpunkt eine deutlichere Präferenz für die Grünen auszubilden, die sich bei den beiden folgenden Wahlen auf zuletzt 21% steigert. Die AfD erhält im »Ländle« 2016 mit 30% den höchsten Stimmenanteil aller Parteien unter erwerbstätigen Arbeiter. Auch in Rheinland-Pfalz erhalten die Grünen 2011 unter dem Eindruck der AKW-Katastrophe in Japan einen deutlich höheren Stimmenanteil unter Arbeitern, verlieren ihn aber 2016 wieder. Hier wird die AfD mit 24% zweitstärkste Partei unter Arbeitern vor der Union mit 22% und hinter der SPD mit 36%.

In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zeichnen sich wegen der Dichte der Wahltermine (vorzeitige Wahlen 2012) die politischen Bewegungen unter Arbeiter-Wählern für die meisten westdeutschen Länder prototypisch ab: 2009/2010 gewinnen vor allem DIE LINKE und die FDP deutlich hinzu, 2012 sind es auch noch die Grünen, aber vor allem die Piratenpartei, die mehr als jede achte Arbeiterstimme erhält, und aktuell ist die AfD erfolgreich.

Ein vorläufiges Fazit zum Wahlverhalten der erwerbstätigen Arbeiter lautet daher: Später als andere Berufsgruppen, aber früher als Rentner lösen sich auch Arbeiter von den traditionellen Großparteien und begeben sich auf die Suche. (nachholende Bewegung). Hierbei schlagen sie nur im Fall Sachsen eine eindeutige politische Richtung, nämlich nach rechts ein. In allen anderen Fällen ist das neue Wahlverhalten, sofern es nicht mehrheitlich in Wahlenthaltung sich äußert, politisch nicht eindeutig gerichtet. Bei den Wahlen bis einschließlich 2010 geht es mehrheitlich in Richtung LINKE, 2011 gewinnen die Grünen stark, wird 2012 gewählt, so erhalten die Piraten hohe Zustimmung von Arbeitern, und ab 2014 profitiert die AfD. Bislang ist in keinem Fall – außer Sachsen und vielleicht abgesehen von der Bindung an die Grünen bzw. wohl richtiger an den Ministerpräsidenten Kretschmann in Baden-Württemberg keine dauerhafte Bindung über einen Wahltermin hinaus an eine andere Partei bzw. in eine bestimmte politische Richtung entstanden. Bei einigen Wahlen ist auch eine Rückkehr zu den großen Parteien zu beobachten. Die AfD kann »nur« bei Wahlen 2016 zur stärksten Partei unter Arbeitern werden, und zwar in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Bezüglich der Stimmenanteile der AfD unter Arbeitern kann nicht davon gesprochen werden, dass die AfD die neue Arbeiterpartei sei oder Arbeiter generell mehrheitlich rechts wählen würden.

Vergleicht man die jüngsten Parteipräferenzen von erwerbstätigen Arbeitern mit denen von erwerbstätigen Angestellten, so ergibt sich jedoch ein eindeutiges Bild: die Stimmenanteile unter Arbeitern sind für die AfD regelmäßig um mindestens den Faktor 1,5 höher als diejenigen unter Angestellten. Der Faktor ist dabei 2016/17 – mit Ausnahme Saarland – deutlich höher als 2014,

in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erreicht die AfD unter Arbeitern einen mehr als doppelt so hohen Anteil als unter Angestellten. Da nichts über die jeweiligen Grundgesamtheiten bekannt ist, können daraus keine Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft gezogen werden. Bemerkenswert ist, dass auf dem anderen Pol, d.h. deutlich höheren Anteilen unter Arbeitern als unter Angestellten, der AfD die FDP und die Grünen (mit Ausnahme Baden-Württemberg) gegenüberstehen. (vgl. Tabelle 4)

Politisierung der Trennlinie Fachlehrberufe/akademische Berufe?

Bei allen Landtagswahlen erzielte die AfD ihre höchsten Stimmenanteile unter Wählern und Wählerinnen, die angaben, dass ihr höchster formaler Bildungsabschluss die Realschule bzw. mittlere Reife bzw. 10. Klasse sei, also nicht: Hauptschule und nicht Abitur oder Hochschule. Dieser Bildungsabschluss mündet und mündete überwiegend in eine Fachlehrausbildung und in einen Fachlehrberuf als Arbeiter oder Angestellte, womöglich mit anschließender Höherqualifikation.²¹ Diese Personengruppe bildete wiederum die Kerngruppe, das soziale Zentrum des fordistischen Sozialstaates, seines »Normalarbeiter«-Leitbildes mit seinen überwiegend kleinbürgerlich-paternalistisch ausgerichteten Lebensführungsmodellen. An anderer Stelle wurde bereits auf die Veränderungen in der beruflichen Arbeitsteilung, die schrumpfende Lebenswelt der alten Facharbeit und »Bildung« als zentrales soziales Kampffeld – weniger für soziale Aufwärtsmobilität als für sozialen Status-Erhalt - hingewiesen. Damit wurde auch impliziert, dass mit der zunehmenden Dominanz (halb-)akademischer Berufe auch andere, »emanzipierte« Lebensführungsmodelle normative Kraft gewannen und die alten aus der Mitte an den Rand drängten, quasi »peripherisierten«.²² Die dort entfaltete Argumentation soll an dieser Stelle durch einen Blick auf das unterschiedliche Wahlverhalten nach formalem Bildungsgrad geprüft werden. Dabei wird auf die Unterscheidung in den Nachwahlbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen zurückgegriffen: Hauptschule/Volksschule, Realschule/Mittlere Reife, Abitur/Hochschulreife, Hochschule/Uni. Mit dieser Unterteilung lässt sich die Gruppe der Hochschulabsolventen von den anderen unterscheiden, was in der Unterteilung von Infratest dimap in niedere, mittlere und höhere Bildung nicht der Fall ist, weil hier Abiturienten und Hochschulabsolventen zusammengefasst werden.

Bei den Wahlen zu den Landesparlamenten ab 2014 erzielt die AfD unter Hochschulabsolventen regelmäßig deutlich unterdurchschnittliche Ergebnisse, während sie bei Personen mit höchstem Bildungsabschluss »Mittlere Reife« regelmäßig deutlich überdurchschnittlich ist. Bei Personen mit Hochschulzugang ohne Hochschul(aus)bildung gibt es überwiegend leicht überdurchschnittliche Ergebnisse. Bei Personen mit höchstem Schulabschluss Hauptschule sind die AfD-Stimmenanteile in den meisten Ländern unterdurchschnittlich (vgl. Tabelle 5).

Hinsichtlich der Parteipräferenzen für die AfD kann also von einer deutlichen Polarisierung zwischen akademischer beruflicher Qualifikation und nichtakademischer beruflicher Fachqualifikation ausgegangen werden. Bezogen auf die Ausgangsüberlegung läge ein deutliches Indiz für die »Konfrontation« zwischen facharbeiterlich-fordistischen Lebensführungsmodellen und postfordistisch-akademischen Lebensorientierungen vor.

Für eine übersichtliche Darstellung beschränken sich die folgenden Darstellungen auf die beiden hier behaupteten Pole »Mittlere Reife« und »Hochschulabschluss«. Gefragt wird wieder

²¹ Sofern über den »Zweiten Bildungsweg« oder eine Fachoberschule ein Hochschulzugang und eine entsprechende Qualifikation erworben wurde, kann davon ausgegangen werden, dass diese Personen als höchste formale Qualifikation »Hochschule« angegeben haben.

²² Vgl. Horst Kahrs: Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit. Facetten modernisierter Beziehungen zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und Politik; in: Sozialismus, Heft 7-8/2016, S. 5-10; Horst Kahrs: Neuer Nationalismus – Verteidigungsstrategien in globalen Verteilungskämpfen; in: Sozialismus, Heft 4/2017, S. 17-24.

nach dem Ausmaß der Ablösung von den zwei bzw. drei zentralen Parteien im jeweiligen Parteiensystem und der Richtung dieser Abwendung. Leider waren für diese Untersuchung für die meisten Länder die entsprechenden Daten nur für die letzten drei Wahlen verfügbar. Vergleichend kann also lediglich beobachtet werden, ob und welche unterschiedlichen Reaktionen es auf das Auftreten des neuen Akteurs AfD es gegeben hat. (Tabelle 6)

In Sachsen ist bei den Wahlen 2014 keine deutliche Verstärkung der Abwendung von den drei »großen« Parteien CDU, LINKE und SPD zu beobachten. Hochschulabsolventen wählten bereits 2009 verstärkt andere Parteien, Personen mit mittlerer Reife bereits 2004. In Thüringen verläuft die Abwendung langsam und in beiden Bildungsschichten parallel. In Brandenburg findet eine deutliche Abwendung in beiden Schichten 2014 statt, unter Hochschulabsolventen leicht stärker.

Bei den Wahlen 2016 wählt in Sachsen-Anhalt in der Bildungsschicht Mittlere Reife statt knapp jeder vierte nunmehr jeder zweite eine andere Partei als CDU, SPD oder LINKE. Unter Hochschulabsolventen fällt diese Hinwendung zu anderen Parteien nicht so deutlich aus. In Mecklenburg-Vorpommern, ein halbes Jahr später, fällt die Abwendung von den drei großen Parteien wieder etwas weniger stark aus, ist aber ebenfalls deutlich kräftiger in der Bildungsschicht Mittlere Reife. In Berlin wiederum ist das Parteiensystem nicht vergleichbar. Die Präferenzen für SPD, CDU, LINKE ändern sich bei Hochschulabsolventen kaum, für Personen mit Mittlerer Reife deutlich. Für die ostdeutschen Länder einschließlich Berlin kann für 2016 festgehalten werden: das Auftreten der AfD veranlasst insbesondere Personen mit dem Bildungsabschluss Mittlere Reife, sich von den tragenden Parteien des regionalen Systems abzuwenden.

In den westdeutschen Ländern sieht es 2016 anders aus. In Baden-Württemberg verstärkt sich ein ohnehin bestehender Prozess der Lösung von CDU und SPD. Wie bereits in Berlin zu beobachten, fällt er hier bei Hochschulabsolventen bereits bei den vorherigen Wahlen viel deutlicher aus. In Rheinland-Pfalz ist die Abwendung weniger stark, unter Hochschulabsolventen trotz Auftreten der AfD eine Rückkehr zu den beiden großen Parteien zu beobachten.

Eine ähnliche Tendenz zur Rückkehr besteht in Schleswig-Holstein. Eine in beiden Bildungsschichten nahezu gleichermaßen bestehende Abkehr von CDU und SPD besteht bereits seit drei Wahlterminen. In Nordrhein-Westfalen wiederum gilt dies nur für Hochschulabsolventen, Absolventen der Mittleren Reife wählen zu einem größeren Prozentsatz, wenn auch abnehmend, CDU oder SPD.

Die Unterschiede auf der Zeitachse und auf der regionalen Achse verweisen auf die Rolle der thematischen, bundespolitischen Rahmung der jeweiligen Landtagswahl und auf die relative Autonomie der regionalen Parteiensysteme. Zwar lassen sich generell die Megatrends der wachsenden Offenheit und der Volatilität in allen Ländern und Bildungsschichten feststellen. In den westdeutschen Ländern setzen sie aber zeitlich früher bei Hochschulabsolventen ein als bei anderen Bildungsgruppen, gleichen also eher einer Absetzbewegung von den beiden großen sozialstaatlichen Volksparteien der fordistischen Ära, während in den ostdeutschen Flächenländern es gerade die höher Gebildeten sind, die länger an den drei Großparteien festhalten. Schließlich gibt es große Unterschiede zwischen Flächenländern wie Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, ebenso wie diejenigen zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten.

Vergleicht man ähnlich wie oben das Verhältnis von Stimmenanteilen unter Arbeitern und Angestellten hier das Verhältnis von Stimmenanteilen in der Bildungsschicht »Mittlere Reife« mit denen in der Schicht »Hochschulabsolventen«, so zeigt sich ein ähnliches Bild. (Tabelle 7) Bei CDU und SPD überwiegen mal die Stimmenanteile in der einen, mal in der anderen Gruppe, stark abhängig von regionalen Ausprägungen. Im Durchschnitt aller zwölf Länder erreichen beide etwas höhere Stimmenanteile bei Personen mit mittlerer Reife als höchstem Schulab-

schluss. DIE LINKE erreicht indes – bis auf das Saarland – im Verhältnis von zwei zu drei höhere Anteile unter Akademikern (jeglichen Alters), nicht ganz so stark gilt dies für die FDP. Mit den Grünen und aktuell der AfD gibt es zwei Parteien, in sich in allen Landtagswahlen als Antipoden gegenüberstehen: die Grünen als Partei mit überdurchschnittlichen Werten bei Hochschulabsolventen (im Durchschnitt kommen auf zehn Stimmen von Hochschulabsolventen vier von Personen mit mittlerer Reife); die AfD als Partei der mittleren Fachqualifikation (im Durchschnitt kommen auf eine Stimme von Hochschulabsolventen zwei von Personen mit mittlerer Reife).

Relativ stärkeren Zuspruch in der einen oder anderen Schicht zu erhalten, bedeutet allerdings bei weitem nicht, in der jeweiligen Schicht auch stärkste Partei zu sein. Die Grünen sind lediglich in Berlin mit 24% und in Baden-Württemberg mit 38% stärkste Partei unter Hochschulabsolventen (CDU: 24%), aber auch noch stärkste Partei in der Bildungsschicht Mittlere Reife (28% zu 26% CDU). Die AfD ist mit 31% in Sachsen-Anhalt knapp stärkste Partei unter Wählern und Wählerinnen mit dem Schulabschluss mittlere Reife (CDU 28%), in Berlin liegt sie mit 21% hier knapp hinter der CDU (22%), ebenso in Mecklenburg-Vorpommern (26% zu 29%). Es lässt sich sagen, dass ein Akademiker mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit die Grünen wählt als ein Facharbeiter, umgekehrt ein Facharbeiter mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit die AfD als ein Akademiker. Es lassen sich auf dieser Basis aber keine Aussagen darüber treffen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Akademiker die Grünen und ein Fachangestellter die AfD wählt(e).

Vergleicht man den Ablösungsprozess von den tradierten Zentrums-Parteien über mehrere Wahlperioden (vgl. [Abbildungen 10](#)), so fallen zunächst wiederum die regionalen Unterschiede ins Auge. Sodann lassen sich als übergreifende Tendenzen festhalten: den Grünen gelingt es, sich als eine Partei höheren Bildungsmilieus zu verankern, die in bestimmten wahlpolitischen Konstellationen auch für andere Schichten attraktiv war. Der nochmals gestiegene Anteil unter Personen mit mittlerer Bildung in Baden-Württemberg (ebenso unter Arbeitern) könnte durchaus ein interessengeleitetes Wahlverhalten sein, welches Erwartungen an die regierende Partei ausdrückt, die gleichwohl herbe enttäuscht werden können (siehe Nordrhein-Westfalen) und mit harscher Abwendung beantwortet werden. Die FDP (und befristet die Piratenpartei) erscheint als typische Stimmungspartei, anders als die Grünen konnte sie sich in keinem regionalen Parteiensystem als feste Größe in keiner Bildungsschicht etablieren.

Alter und Geschlecht

Das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht ist durch die repräsentative Wahlstatistik in vielen Ländern gut analysiert - allerdings sind kaum Verbindungen zu den bisher diskutierten Kategorien berufliche Lage und Bildungsgrad herstellbar.

Alle hier betrachteten Landtagswahlen bewegten sich bezüglich des Wahlverhaltens von Männern und Frauen sowie Alten und Jungen im bekannten Muster. Männer bevorzugen, wenn sie neue Parteipräferenzen entwickeln, bevorzugt Parteien wie LINKE, Piratenpartei, AfD, Frauen eher Grüne, Tierschutzpartei und andere kleine Parteien. Jüngere Wähler und Wählerinnen sind in deutlich höherem Maße bereit, neue Parteien zu »probieren« als ältere. Diese Offenheit pflanzt sich über die Altersgruppen hinweg fort und erreicht allmählich auch die über 60jährigen. Insbesondere bei jüngeren Männern ist zu beobachten, dass aus dem Parlament gewählte kleine Parteien wie die Piratenpartei oder auch die NPD weiterhin relativ hohe Stimmenanteile unter 35jährigen verbuchen können.

Diese Tendenzen sollen hier nicht näher behandelt werden, im Anhang sind zur Veranschaulichung Grafiken für Nordrhein-Westfalen und Sachsen aufgenommen ([Abbildungen 11](#)). Betrachtet man die Grafiken für Sachsen, so fällt zum einen das über mehrere Wahlen anhaltende

recht unterschiedliche Wahlverhalten von jungen Männern und Frauen ins Auge, insbesondere die Präferenzen für »kleine« Parteien betreffend. Unter den jüngeren Männern scheint sich in den zurückliegenden drei Wahlperioden die NPD stärker verankert zu haben als die SPD, nimmt man das AfD-Wahlergebnis von 2014 hinzu, wird die noch deutlicher. 2004 wählte ein Viertel der unter 25jährigen Männer die NPD; 2009 und 2014 zählten sie zur Altersgruppe der 25- bis 34jährigen. Der Stimmenanteil für NPD und AfD zusammen war nur unwesentlich höher als derjenige für die NPD 2004. 2009 war die in Sachsen rechtslastige FDP ein Alternativangebot für alle, die sich nach 2004 von der NDP abwandten.

Für einen Vergleich des Stimmverhaltens nach Altersgruppen wurde hier auf die Einteilung Forschungsgruppe Wahlen zurückgegriffen, die die jüngste Gruppe aus den 16- bzw. 18- bis 29jährigen bildet, um hier eine größere Grundgesamtheit zu haben. Die im folgenden beschriebenen Tendenzen fallen in der Einteilung von Infratest dimap für die 18-24jährigen im Vergleich zu den über 60jährigen noch deutlicher aus.

Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen jüngeren und älteren Wählern sind überaus deutlich, was auch die schwächer werdende intergenerationelle Fortführung von Parteipräferenzen unterstreicht. Generell gilt, dass die traditionellen Partei SPD und Union, im Osten auch: DIE LINKE, in der Regel von den älteren Wählerinnen und Wählern deutlich stärker gewählt werden als von den jüngeren (vgl. [Tabelle 8](#)). Der Abstand der CDU-Stimmenanteile zwischen jüngster und ältester Gruppe betrug in Sachsen 2014 -16,8 Prozentpunkt, für DIE LINKE in Thüringen -17,3 und für die SPD in Brandenburg -20,8 Prozentpunkte. In der Tendenz uneinheitlich und relativ gering fallen die Unterschiede für die FDP aus. Grüne, in Westdeutschland auch DIE LINKE, AfD, NDP und sonstige Kleinparteien sind bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern deutlich gefragter als bei den älteren – meistens liegen die Unterschiede in der Summe bei 25-30 Prozentpunkten. Die jüngeren Wähler fühlen sich deutlich weniger den traditionellen Parteien verbunden, suchen eine eigene, von den Älteren unterschiedene politische Repräsentation und haben in vielen Regionalwahlen eine deutliche Präferenz für Parteien des rechten Partei-spektrums. Die Suche nach einer angemessenen politischen Repräsentation drückt sich nicht zuletzt in den hohen Stimmanteilen für „sonstige Parteien“ aus. Für die Wahlausgänge fällt das Wahlverhalten der Jüngeren weniger ins Gewicht, aus demografischen Gründen, die verstärkt werden durch eine geringere Wahlbeteiligung.

Einzelne Aspekte der Wahlergebnisse für DIE LINKE

An dieser Stelle geht es nicht um eine ausführliche Analyse der Landtagswahlergebnisse für die DIE LINKE, sondern um einzelne Aspekte eines regionalen Vergleichs.

Die Fähigkeit einer Partei, bei Wahlen Stimmen zu mobilisieren, lässt sich am ehesten darstellen, wenn die gültigen Stimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten dargestellt werden. Dadurch werden Effekte einer unterschiedlichen Wahlbeteiligung ausgeschaltet und gleichzeitig wird ein realistischerer Eindruck über die Verankerung in der Bevölkerung vermittelt als durch den Anteil an den gültigen Stimmen.²³

In allen Bundesländern, in denen nach der letzten Bundestagswahl Länderparlamente gewählt wurden, hatte DIE LINKE zuvor bei der Bundestagswahl zum deutliche Wähleranteile verloren. Im Durchschnitt sank die Verankerung in der Wahlbevölkerung um 2,6 Prozentpunkte, dabei deutlich überdurchschnittlich in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, deutlich unterdurchschnittlich in Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

²³ Wegen der Besonderheiten des Mehrstimmen-Wahlrechts bleiben die Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen hier unberücksichtigt.

Nicht berücksichtigt ist hierbei das Saarland, wo die Partei von 15,3% aller Wahlberechtigten auf einen Anteil von 6,2% aller Wahlberechtigten abstürzte, weil sich ein Teil des Landesverbandes an der Wählermobilisierung nicht beteiligte. Bei der Landtagswahl 2017 war dies anders, die Partei erhielt die Stimmen von 8,8% aller Wahlberechtigten und als einziger Landesverband einen höheren Anteil als bei der Bundestagswahl 2013. In allen anderen Ländern lag der Stimmenanteil gemessen an allen Wahlberechtigten um durchschnittliche 3,1 Prozentpunkte niedriger als bei der Bundestagswahl 2013. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt traten dabei negativ hervor, in den westdeutschen Bundesländern war die Differenz naturgemäß geringer.

Im Vergleich zur vorherigen Landesparlamentswahl gab es Gewinne in Berlin (3,4%), Nordrhein-Westfalen (1,7%), in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg; in den anderen Ländern ging die Verankerung weiter zurück, wobei das Ergebnis in Brandenburg (-9%) dadurch verfälscht wird, dass die Vorwahl am gleichen Tag wie die Bundestagswahl stattfand und daher die Wählermobilisierung insgesamt für eine Landtagswahl außerordentlich hoch ausfiel.

In keinem Fall konnte ein Landesverband den Rückhalt in der Bevölkerung gegenüber dem bisherigen Höhepunkt der Zustimmung bei der Bundestagswahl 2009 ausbauen, der durchschnittliche Abstand betrug bei den untersuchten Landtagswahlen 5,8 Prozentpunkte. In den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ging er um bis zu 10 Prozentpunkte zurück, in Sachsen und dem Saarland um 6,5 Punkte. In Berlin und Thüringen wurden bei der aktuellen Landtagswahl rund drei Viertel der Verankerung bei der Bundestagswahl 2009 erreicht, in Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Sachsen und Sachsen-Anhalt noch etwas mehr als die Hälfte, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein immerhin noch zwischen 40 und 50%, in Baden-Württemberg knapp unter 40% und in Rheinland-Pfalz weniger als ein Drittel des Niveaus von 2009.

Eine zusätzliche Perspektive auf die (landes-)politische Lage, in der sich eine Partei befindet, ergibt der Vergleich der Veränderung der gültigen Stimmen bei der Bundestagswahl mit der nachfolgenden Landtagswahl (entspricht Veränderung der Wahlbeteiligung) sowie entsprechend der Parteistimmen. Verteilte sich die Veränderung der Wahlbeteiligung in gleichem Maße über alle Parteien, müsste sich auch ihr Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl gleich verteilen. Unterscheidet er sich, kommen dafür vor allem drei Gründe in Betracht: die allgemeine politische Stimmungslage für eine Partei und die veränderte landespolitische Bedeutung, die ihr für die Landespolitik im Verhältnis zur Bundespolitik zugeschrieben wird. Drittens spielt für eine unterdurchschnittliche Mobilisierungsrate womöglich das Auftreten neuer Konkurrenten eine Rolle.

Die Tabelle 10 zeigt die entsprechenden Daten für die Landtagswahlen seit 2014 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013. Nur in Thüringen (und im Saarland mit oben dargestellten Vorbehalten) gelang der Linkspartei eine im Verhältnis zur Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl deutlich überdurchschnittliche Mobilisierung, in allen anderen Fällen war die Mobilisierungsrate deutlich unter dem Durchschnitt. Bei den hohen Wahlbeteiligung 2016/2017 erreicht die Zahl der gültigen Stimmen teilweise 95% des Niveaus bei der Bundestagswahl 2013, die Linke erreicht aber oftmals nicht einmal zwei Drittel ihrer damaligen Wählerinnen und Wähler, in Rheinland-Pfalz gerade einmal die Hälfte.

Die politische Zusammensetzung der LINKE-Stimmen wurde bereits in den Wahlnachtberichten anhand der Wählerwanderungen dargestellt. Am Beispiel NRW wird deutlich: die gestiegene Wahlbeteiligung geht an der Linken vorbei, die Stimmengewinne sind dort stärker, wie die Partei zuvor auch stärker war, von den SPD-Verlusten profitiert sie kaum, von den Verlusten von Grünen und Piraten eher verhalten (siehe Grafiken am Ende des Anhangs).

Anhang – Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Wachsende Volatilität im Stimmverhalten

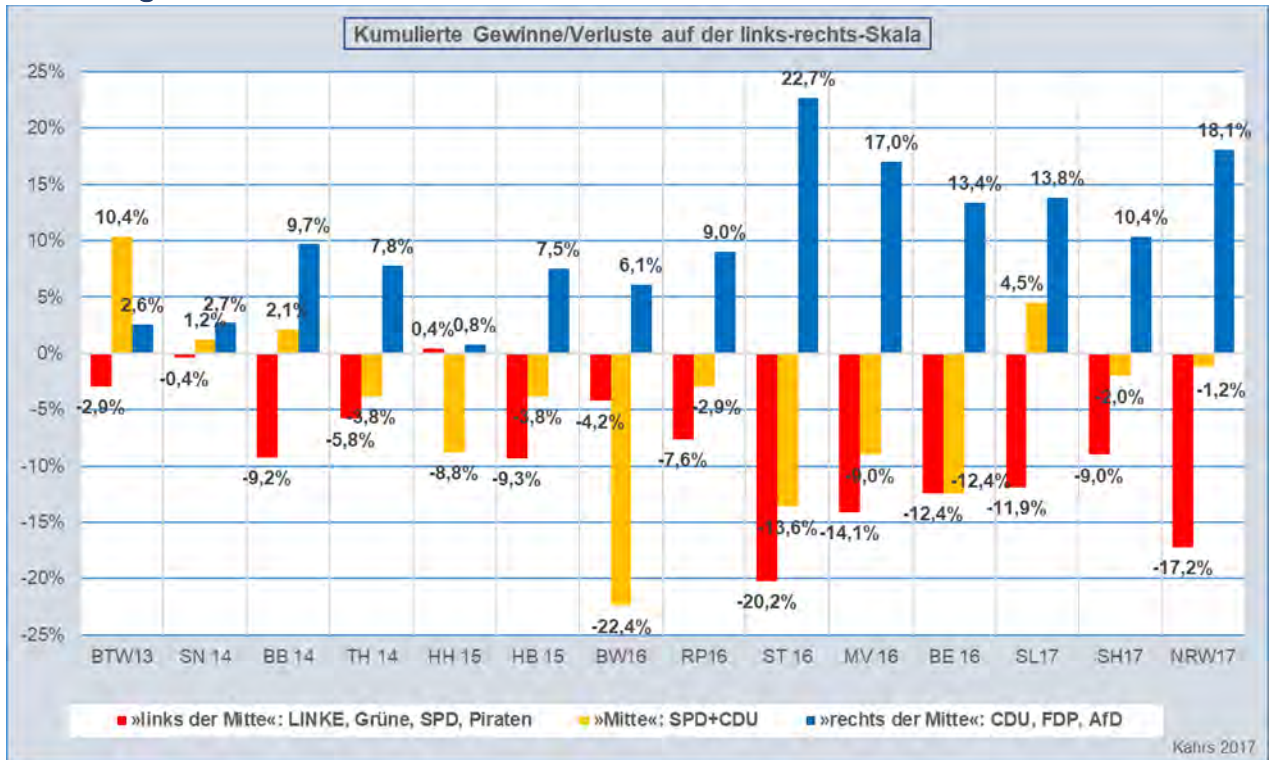
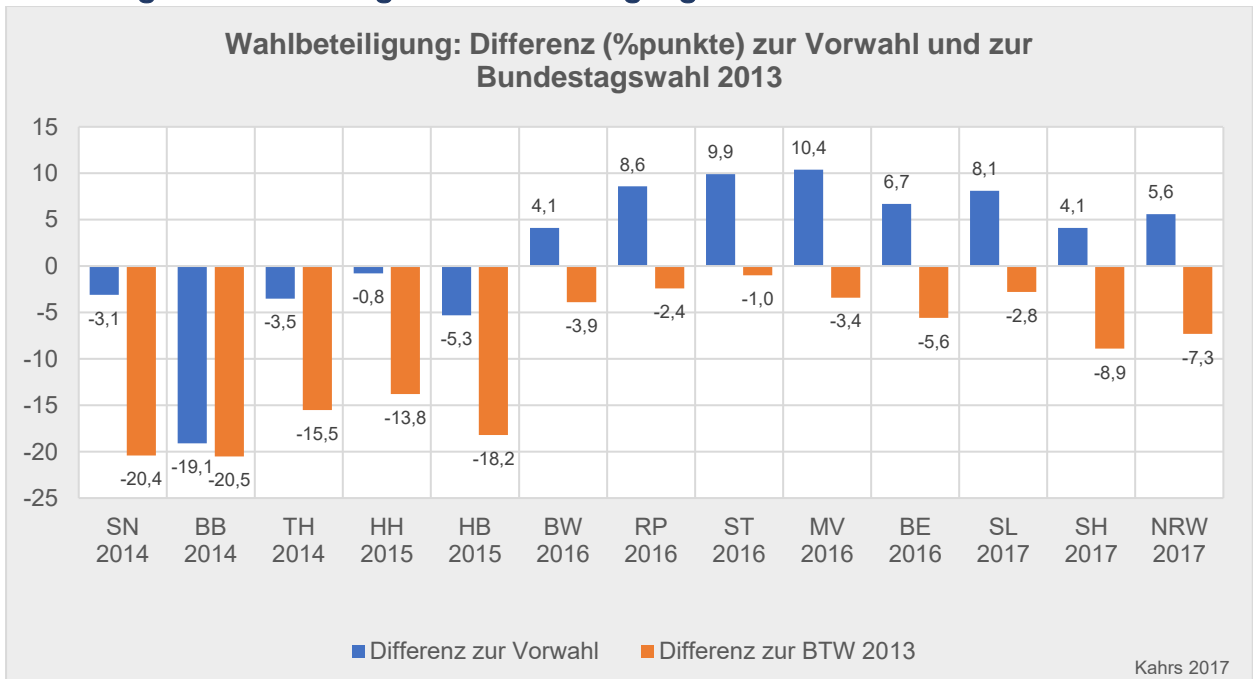
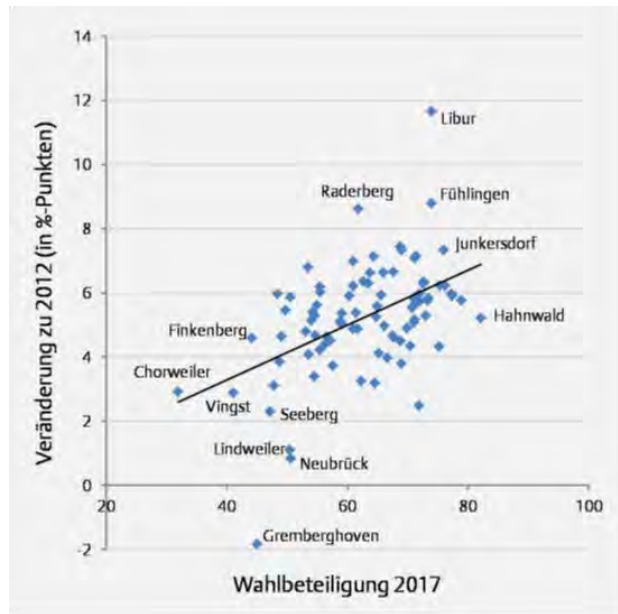


Abbildung 2: Veränderung der Wahlbeteiligung

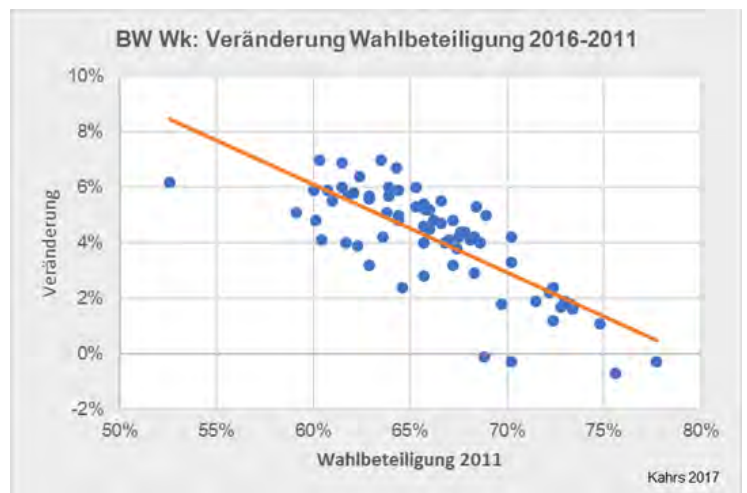
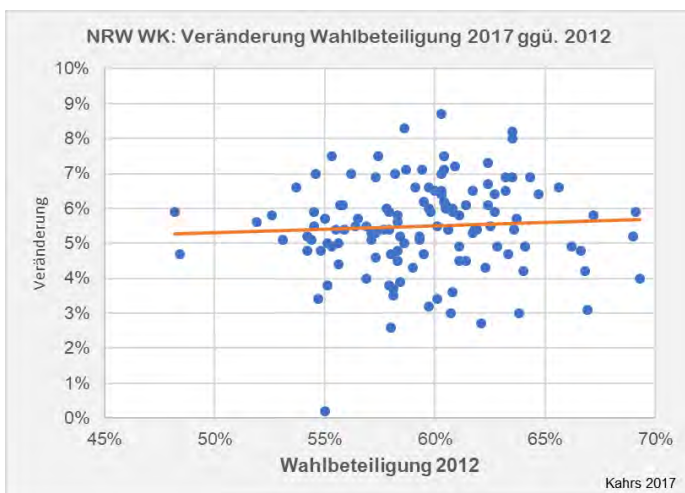


Abbildungen 3: Wahlbeteiligung: populär – prekär
Abbildung 3a: Köln



Quelle: Stadt Köln: Neue Kölner Statistik, 3/2017

Abbildung 3b, 3c: Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg



3d) Sachsen-Anhalt, Gemeinden: Differenz Wahlbeteiligung 2016 zu 2013/2011

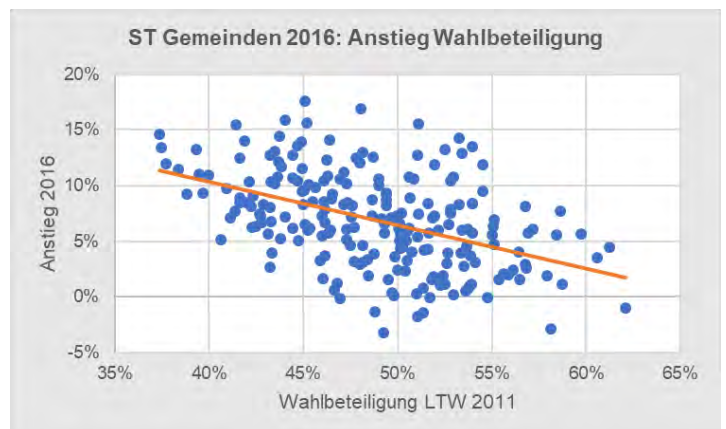
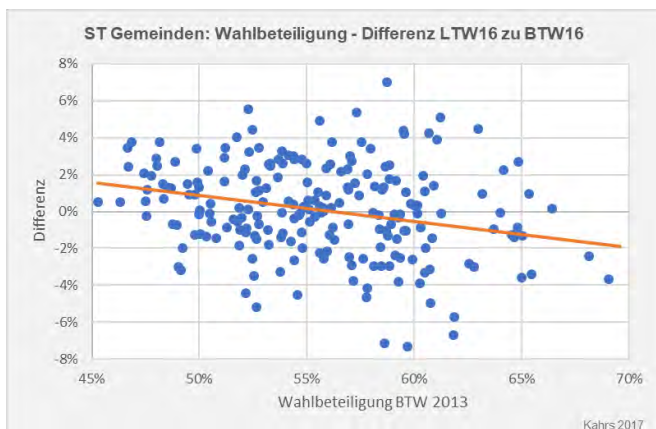


Abbildung 4: Parteipräferenzen vormaliger Nichtwähler

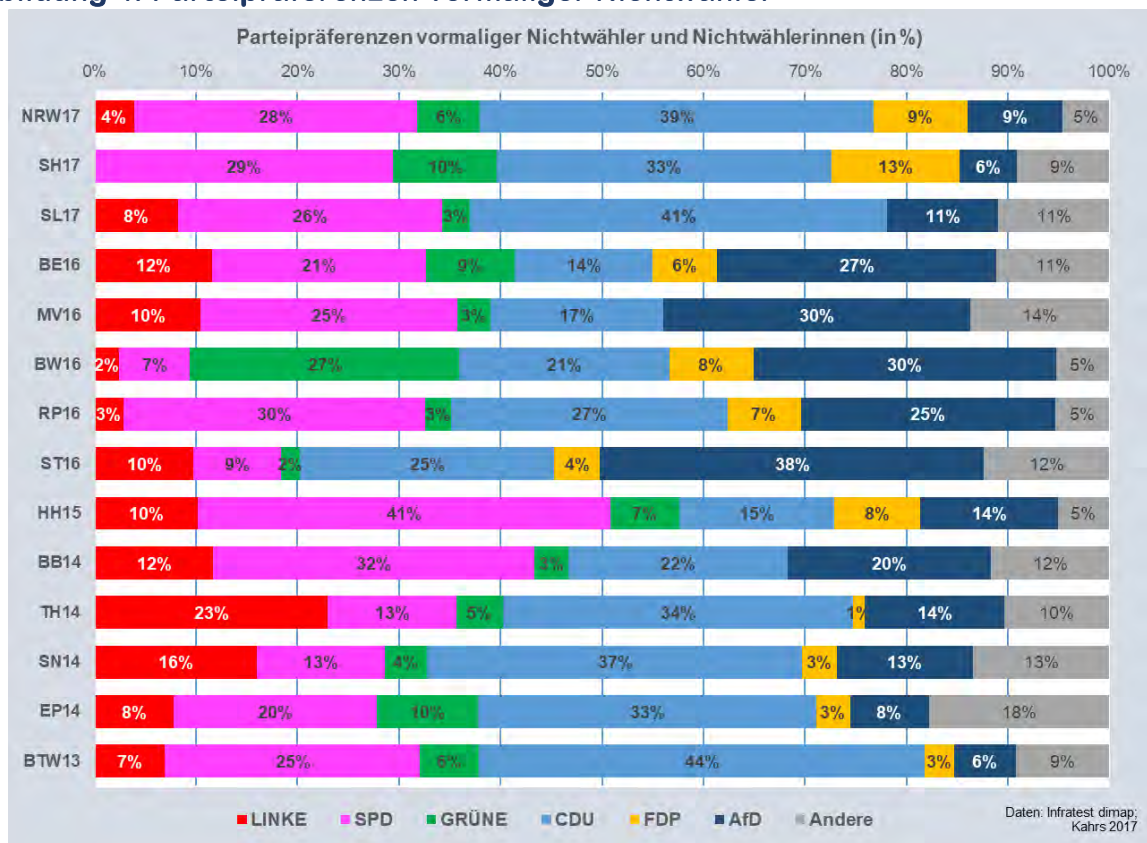


Abbildung 5: Was die neuen Nichtwähler 2016 vorher gewählt hatten

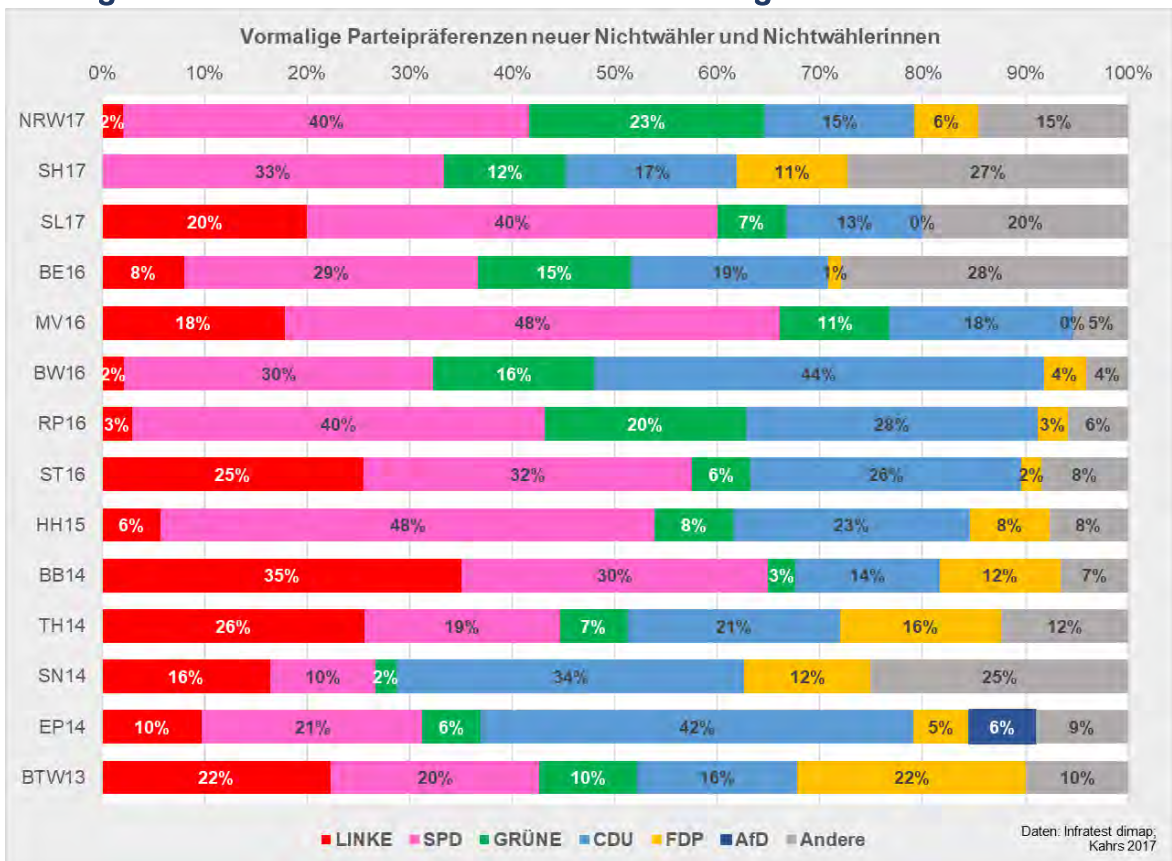


Abbildung 6: Politische Herkunft der AfD-Stimmen

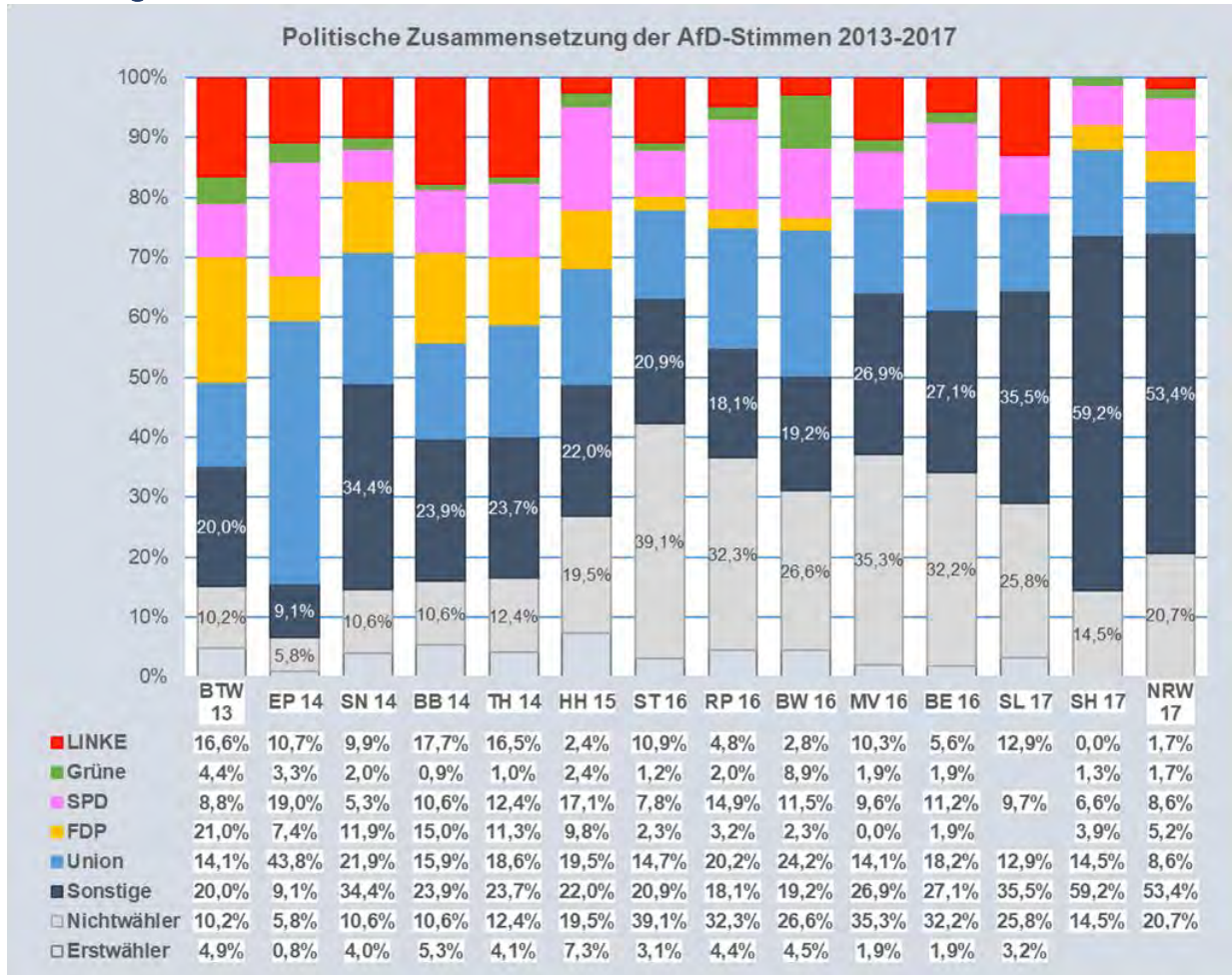


Abbildung 7: ST Gemeinden 2016 – AfD-Stimmen und Beteiligung

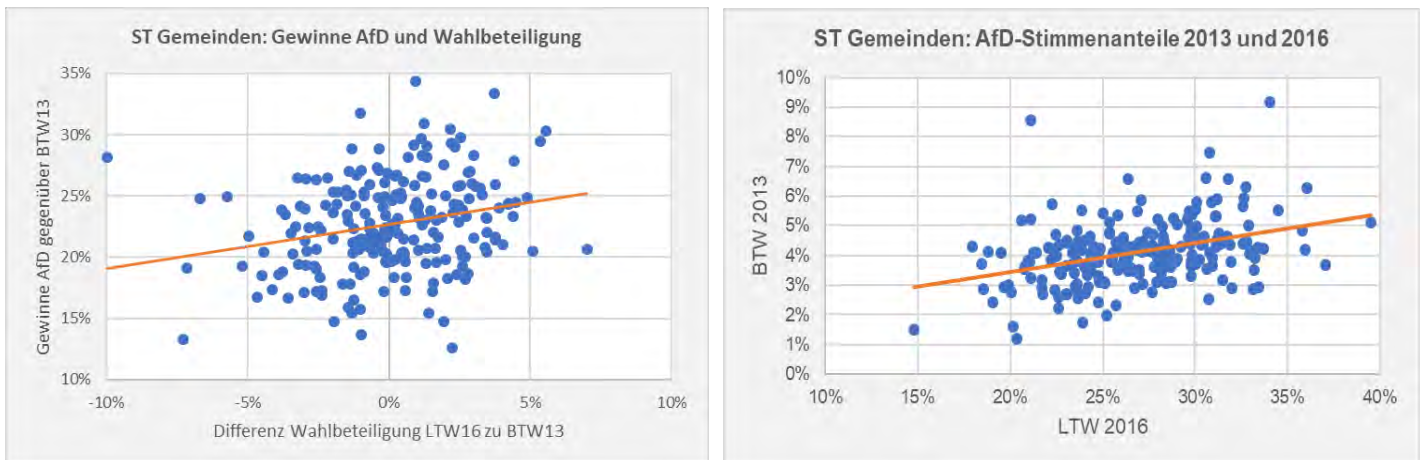


Abbildung 8a, b: Subjektive Schichtzugehörigkeit

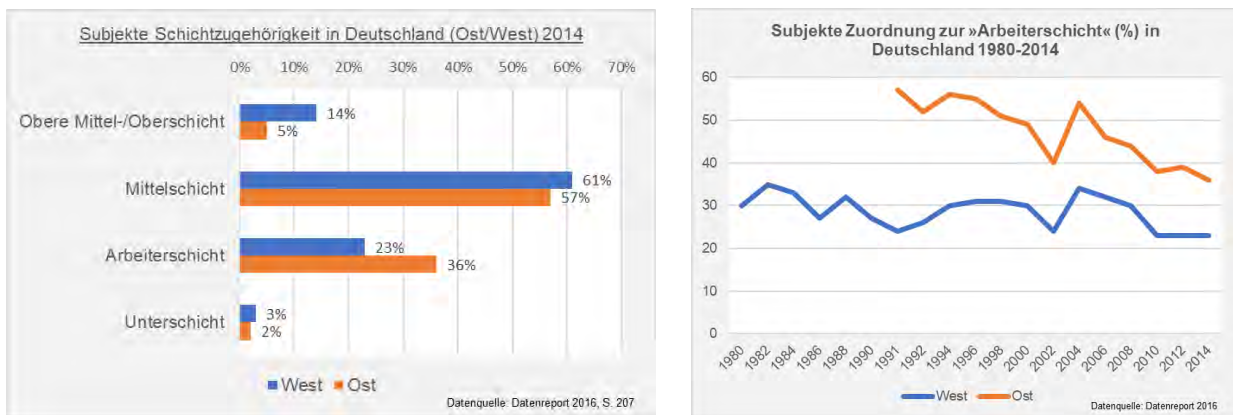


Tabelle 1a: Subjektive Schichtzugehörigkeit und (berufliche) soziale Lage

Subjektive Schichtzugehörigkeit nach (beruflicher) sozialer Lage 2014 bis 60 Jahre) in Prozent						
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Unter-/Arbeiter-schicht	Mittel-schicht	Obere Mit-telschicht/Ober-schicht	Unter-/Arbeiter-schicht	Mittel-schicht	Obere Mit-telschicht/Ober-schicht
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	7	51	42	/	/	/
Hochqualifizierte Angestellte /Gehobene Beamte	5	71	24	9	77	14
Qualifizierte Angestellte / Mittlere Beamte	16	72	12	23	74	3
Einfache Angestellte / Beamte	43	54	3	48	52	0
Meister / Vorarbeiter	38	53	9	40	56	4
Facharbeiter	62	37	1	74	25	1
Un-, angelernte Arbeiter	76	24	0	76	24	0
Selbstständige, Freie Berufe	10	61	29	19	74	7
Arbeitslose	52	46	2	69	28	3
Hausfrauen/Hausmänner	24	61	15	/	/	/
Studium / Lehre	15	68	17	18	73	9
Vorruhestand	38	46	16	62	38	0
Noch nie/nicht erwerbstätig	49	47	4	/	/	/

Quelle: Datenreport 2016, S. 208

Tabelle 1b: Soziale Lage und subjektive Bewertung 2004 und 2014

Soziale Lage und subjektive Bewertung 2004 und 2014 (Erwachsene bis 60 Jahre) (in %)								
	Eigene wirtschaftliche Lage ist gut/sehr gut				Gerechter Anteil am Lebensstandard: »gerecht/mehr als gerecht«			
	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	2004	2014	2004	2014	2004	2014	2004	2014
Leitende Angestellte/Höhere Beamte	82	86	/	/	83	76	/	/
Hochqualifizierte Angestellte /Gehobene Beamte	65	81	53	79	71	74	42	62
Qualifizierte Angestellte / Mittlere Beamte	47	66	43	69	63	70	34	44
Einfache Angestellte / Beamte		37		36		41		21
Meister / Vorarbeiter	49	74	/	68	71	57	/	33
Facharbeiter	32	59	31	61	52	50	24	36
Un-, angelernte Arbeiter	21	47	/	28	43	49	/	16
Selbstständige, Freie Berufe	36	63	35	62	65	73	47	46
Arbeitslose	10	22	5	16	38	38	12	15
Hausfrauen/Hausmänner	34	56	/	/	63	68	/	/
Studium / Lehre	44	61	44	37	74	87	63	75
Vorruhestand		50		26		55		21
Noch nie/nicht erwerbstätig	30	55	/	/	47	57	/	/

Quelle: Datenreport 2006, S. 588ff, 2016, S. 208

Tabelle 2: Wahlverhalten »erwerbstätiger Arbeiter« bei den Landtagswahlen 2014-2017

Parteiwahlverhalten »erwerbstätige Arbeiter« 2014-2017							
Wahl	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD	Sonstige
NRW17	34%	23%	4%	8%	8%	17%	6%
SH17	30%	31%	10%	5%	8%	8%	8%
SL17	28%	36%	2%	16%	3%	9%	6%
BE16	14%	17%	10%	16%	2%	28%	13%
MV16	14%	27%	3%	10%	2%	33%	11%
ST16	20%	9%	4%	13%	3%	37%	14%
RP16	22%	36%	4%	4%	3%	24%	7%
BW16	27%	14%	24%		6%	22%	7%
HH15	9%	50%	9%	13%	3%	11%	5%
BB14	16%	30%	4%	19%	2%	19%	10%
TH14	28%	12%	3%	27%	2%	16%	12%
SN14	34%	11%	3%	17%	3%	15%	17%
BTW13	35%	27%	5%	13%	3%	6%	11%

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung für ARD

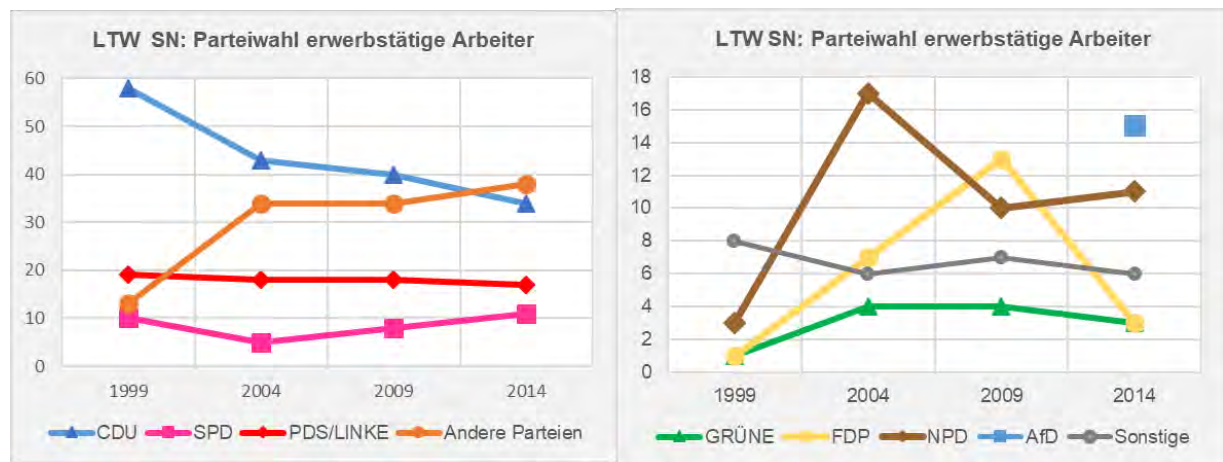
Tabelle 3: Stimmenanteile unter erwerbstätigen Arbeitern für die »großen« Parteien des regionalen Parteiensystems

Stimmverhalten von erwerbstätigen Arbeitern bei Landtagswahlen 2014-2017 (in %)																
	1999	2000	2001	2002	2004	2005	2006	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2016	2017	
Stimmenanteile für Union, SPD und PDS/LINKE																
Berlin							67			63					47	
Brandenburg						72		74					65			
Mecklenburg-Vorpommern							69			75				51		
Sachsen	87				66			66					62			
Sachsen-Anhalt				74			77			72				42		
Thüringen	87				79			77					67			
Stimmenanteile für Union und SPD																
Bundestag						67		52				62				
Baden-Württemberg			81				67			60				35		
Nordrhein-Westfalen		83				82			63	64					57	
Rheinland-Pfalz			84				76			72				58		
Saarland						74		52			54				64	
Schleswig-Holstein		81				77		52			60				61	

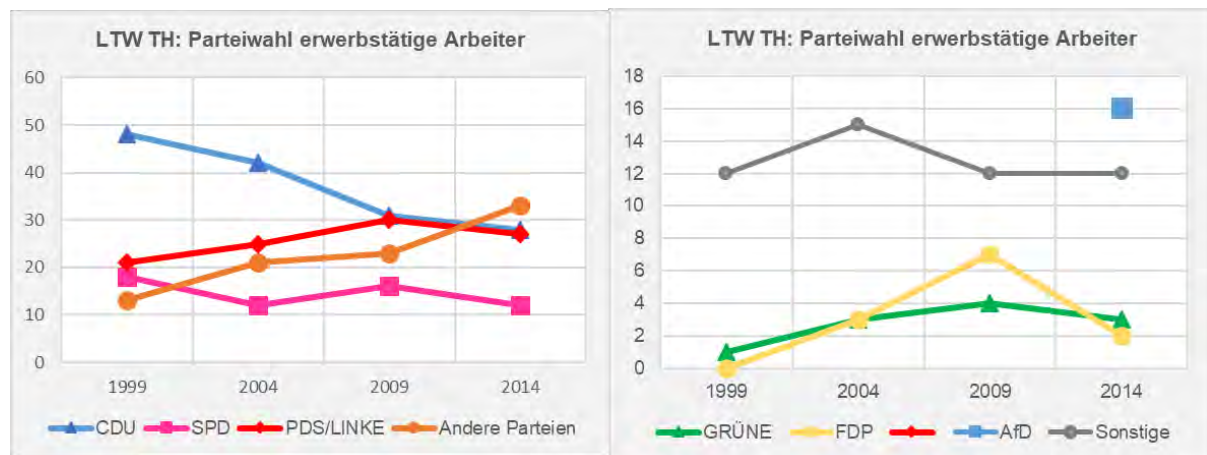
Quelle: Infratest dimap, ARD-Wahlberichterstattung

Abbildung 9 :Parteiwahlverhalten erwerbstätige Arbeiter

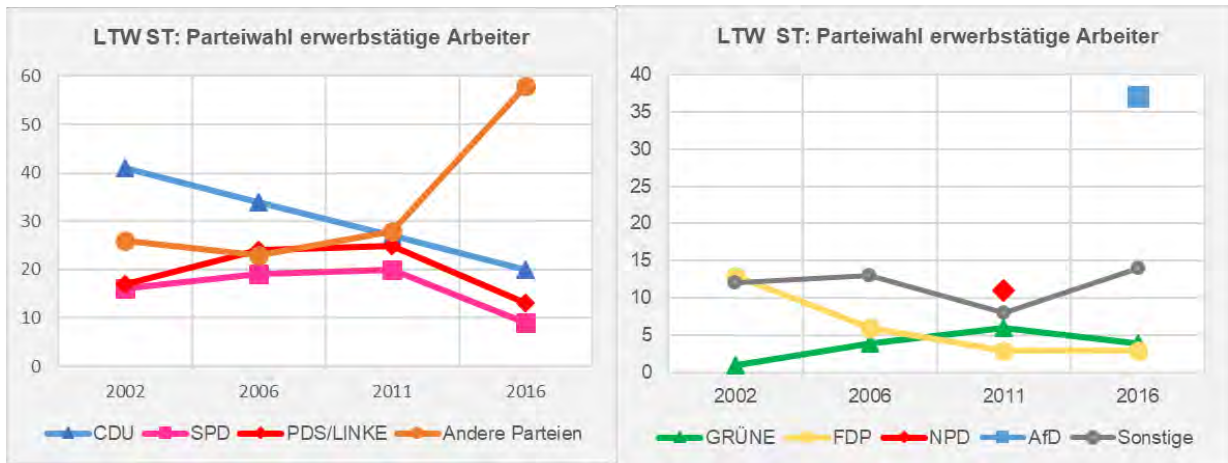
a) Sachsen



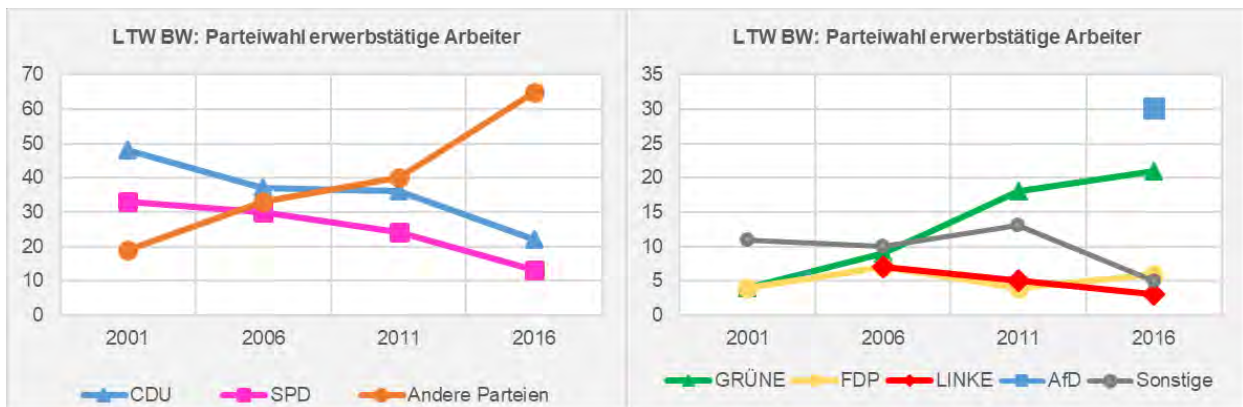
b) Thüringen (Sonstige incl. NPD)



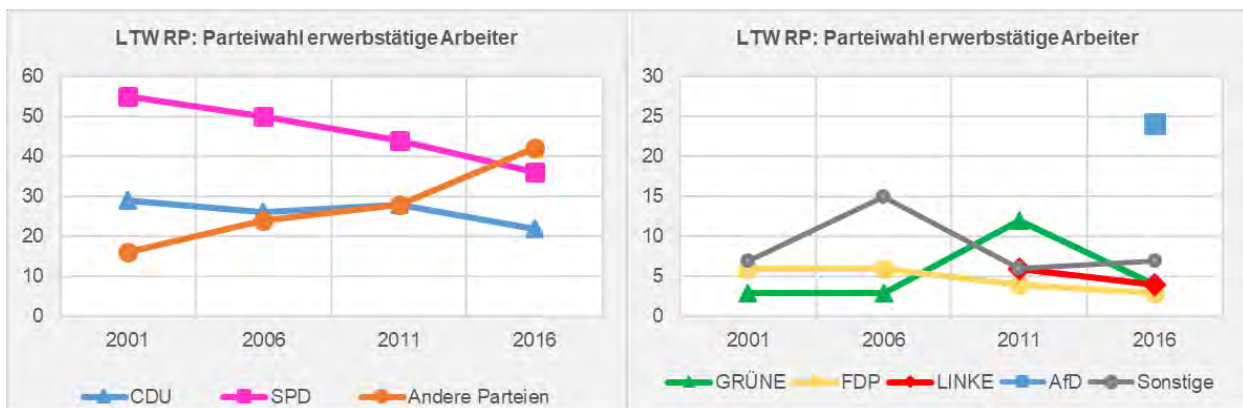
d) Sachsen-Anhalt



d) Baden-Württemberg



e) Rheinland-Pfalz



f) Nordrhein-Westfalen

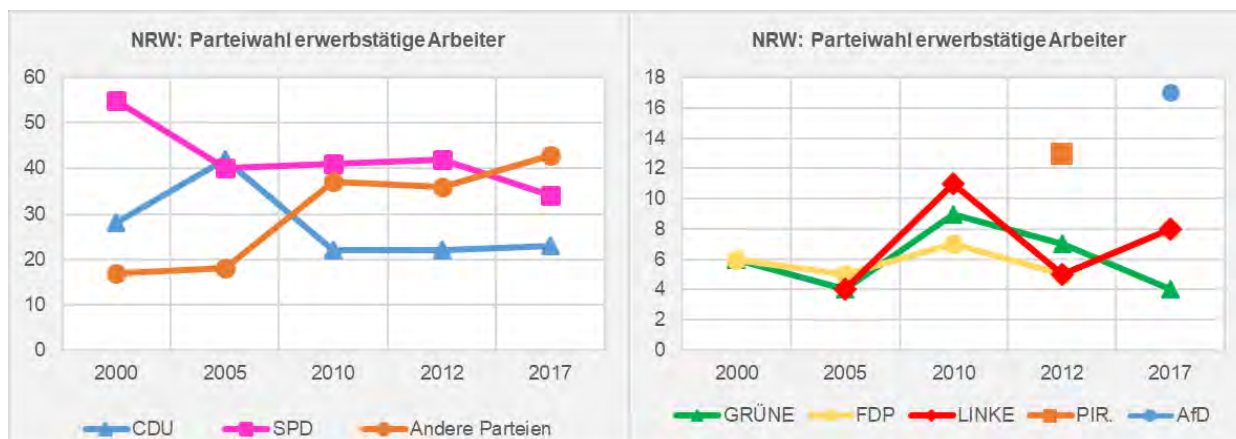


Tabelle 4:
Verhältnis Stimmenanteil unter Arbeitern zu demjenigen unter Angestellten

Verhältnis Stimmenanteil unter Arbeitern/Stimmenanteil unter Angestellten (letzte Landtagswahl, jeweils Erwerbstätige)						
	Union	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD
Sachsen	85%	85%	131%	33%	75%	150%
Thüringen	80%	109%	113%	38%	67%	145%
Brandenburg	70%	97%	112%	50%		158%
Baden-Württemberg	88%	118%	100%	100%	75%	176%
Rheinland-Pfalz	73%	100%	133%	57%	50%	200%
Sachsen-Anhalt	67%	90%	87%	57%	50%	168%
Berlin	88%	77%	100%	53%	33%	233%
Mecklenburg-Vorpommern	67%	90%	77%	43%	50%	194%
Saarland	65%	124%	133%	33%	100%	150%
Schleswig-Holstein	111%	115%	250%	67%	73%	160%
Nordrhein-Westfalen	77%	110%	160%	50%	67%	213%

Eigene Berechnung, Datenbasis: Wahltagsbefragung Infratest dimap

Lies: In Sachsen machte der Stimmenanteil der CDU unter Arbeitern 85% ihres Anteils unter Angestellten aus.

Tabelle 5: Stimmenanteile für AfD nach höchstem Bildungsabschluss

Stimmenanteile für die AfD - Wahl Länderparlamente 2014-2017					
	Gesamt	Höchster formaler Bildungsabschluss			
		Hauptschule	Mittlere Reife	Hochschulzugang	Hochschule
Sachsen	9,7%	5,6%	11,9%	10,0%	8,0%
Thüringen	10,6%	8,3%	13,0%	11,2%	8,3%
Brandenburg	12,2%	11,0%	15,9%	14,3%	9,2%
Hamburg	6,1%	6,9%	7,5%	7,8%	4,0%
Baden-Württemberg	15,1%	16%	19%	15%	11%
Rheinland-Pfalz	12,6%	12%	17%	13%	8%
Sachsen-Anhalt	24,3%	24%	31%	21%	12%
Mecklenburg-Vorpommern	20,8%	18%	26%	15%	13%
Berlin	14,2%	18%	21%	11%	8%
Saarland	6,2%	5,0%	7,8%	5,0%	3,8%
Schleswig-Holstein	5,9%	6,3%	7,6%	5,8%	4,2%
Nordrhein-Westfalen	7,4%	6,8%	10,2%	7,8%	4,3%

Forschungsgruppe Wahlen - Wahlberichterstattung für ZDF

Tabelle 6: Abwendung von den großen Parteien nach Bildung

Stimmenanteile für die großen Parteien nach formalem Bildungsabschluss				
<i>Wähler und Wählerinnen mit Mittlerer Reife (MR) und Hochschulabschluss (HS)</i>				
		Vor-Vorwahl	Vorwahl	Aktuelle Wahl
Stimmenanteile für CDU, SPD und LINKE				
Sachsen	MR	70	68	69
	HS	80	72	71
Thüringen	MR	82	75	71
	HS	82	75	73
Brandenburg	MR	78	78	71
	HS	83	81	70
Sachsen-Anhalt	MR	81	77	51
	HS	83	78	67
Mecklenburg-Vorpommern	MR	71	75	60
	HS	80	79	70
Berlin	MR	68	67	55
	HS	59	56	55
Stimmenanteile für CDU und SPD				
Baden-Württemberg	MR	71	62	47
	HS	56	51	35
Rheinland-Pfalz	MR	78	71	66
	HS	72	60	66
Schleswig-Holstein	MR	57	60	62
	HS	50	53	52
Nordrhein-Westfalen	MR	71	68	65
	HS	59	57	59

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

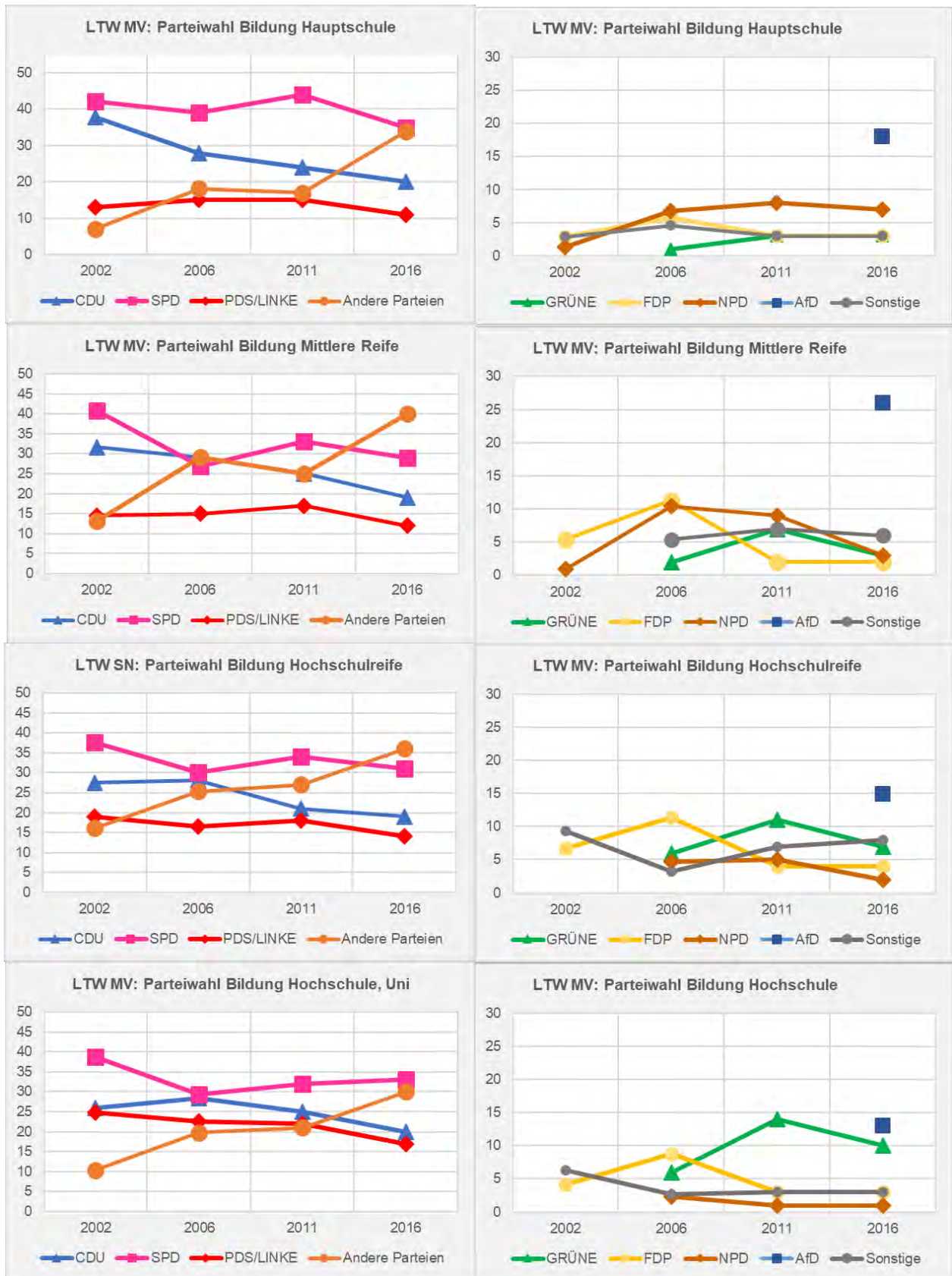
Tabelle 7: Verhältnis Stimmenanteile Bildungsschichten »Mittlere Reife« zu »Hochschule«

Verhältnis des Stimmenanteils in Bildungsschicht »Mittlere Reife« zu »Hochschule« bei jüngster Landtagswahl						
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD
Sachsen	1,320	0,710	0,682	0,314	0,805	1,488
Thüringen	0,961	1,045	0,965	0,410	0,684	1,566
Brandenburg	1,019	1,148	0,723	0,367	0,700	1,728
Hamburg	1,219	1,379	0,737	0,308	0,629	1,875
Baden-Württemberg	1,083	1,000		0,737	0,900	1,727
Rheinland-Pfalz	1,000	1,000		0,300	0,556	2,125
Sachsen-Anhalt	0,848	0,750	0,636	0,444	0,833	2,583
Mecklenburg-Vorpommern	0,950	0,879	0,706	0,300	0,667	2,000
Berlin	1,250	1,100	0,684	0,292	1,000	2,625
Saarland	0,824	1,284	1,440	0,438	0,390	2,053
Schleswig-Holstein	1,093	1,187	0,884	0,519	0,850	1,810
Nordrhein-Westfalen	1,046	1,170	0,807	0,392	0,629	1,308

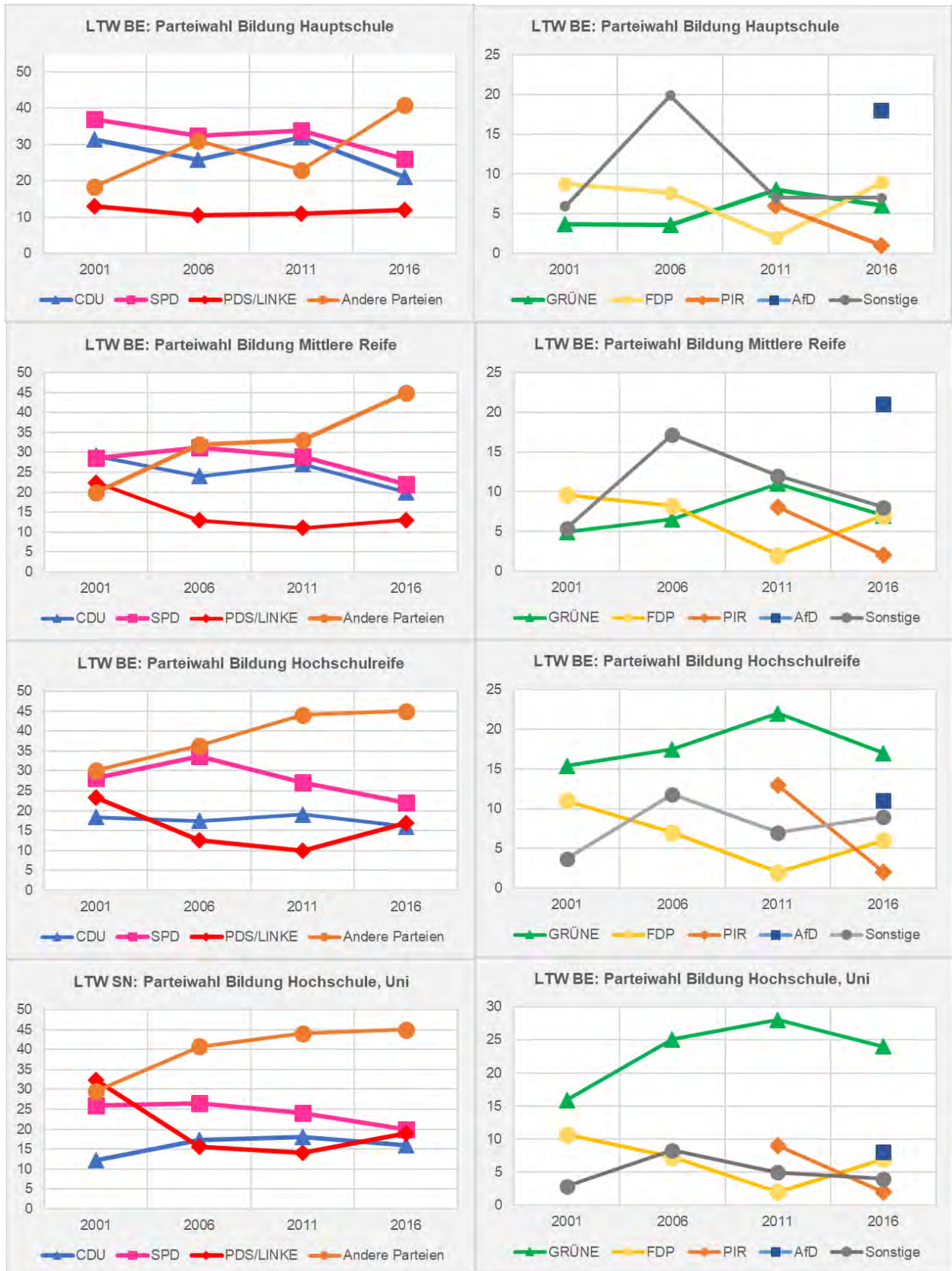
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen; eigene Berechnungen.

Abbildungen 10: Parteiwahlverhalten über vier Wahlen nach Bildungsabschluss

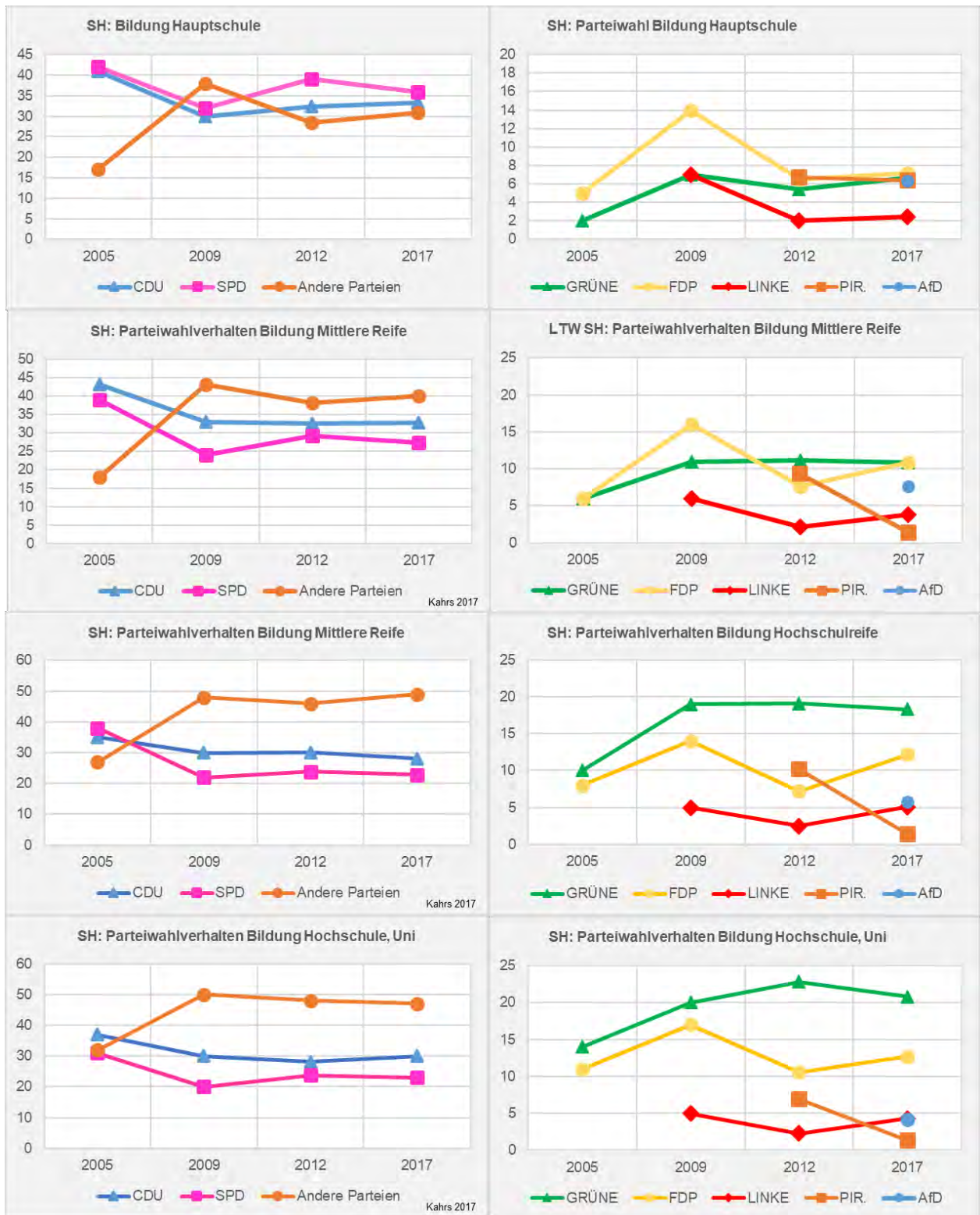
a) Mecklenburg-Vorpommern



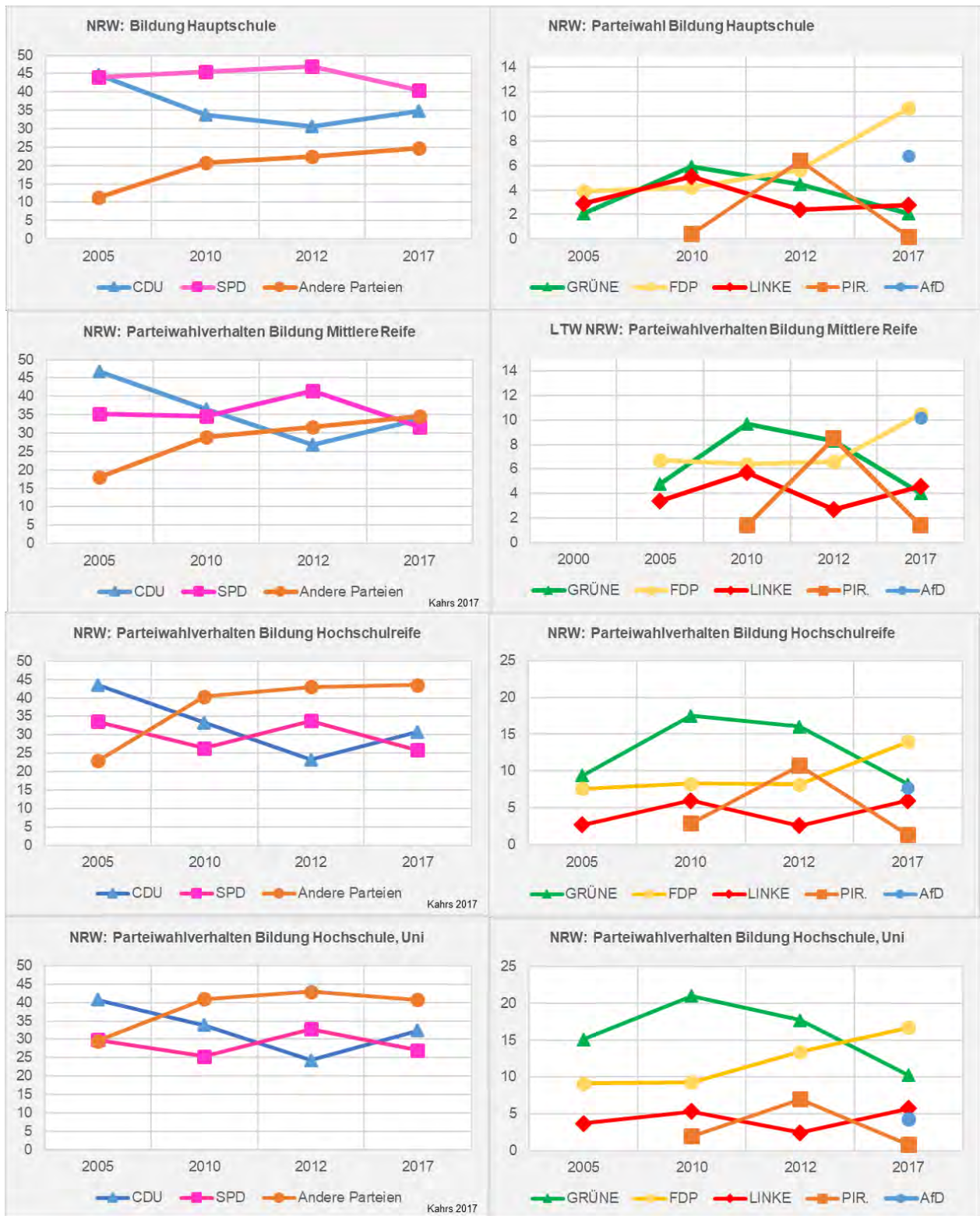
c) Berlin



d) Schleswig-Holstein



e) Nordrhein-Westfalen



f) Baden-Württemberg

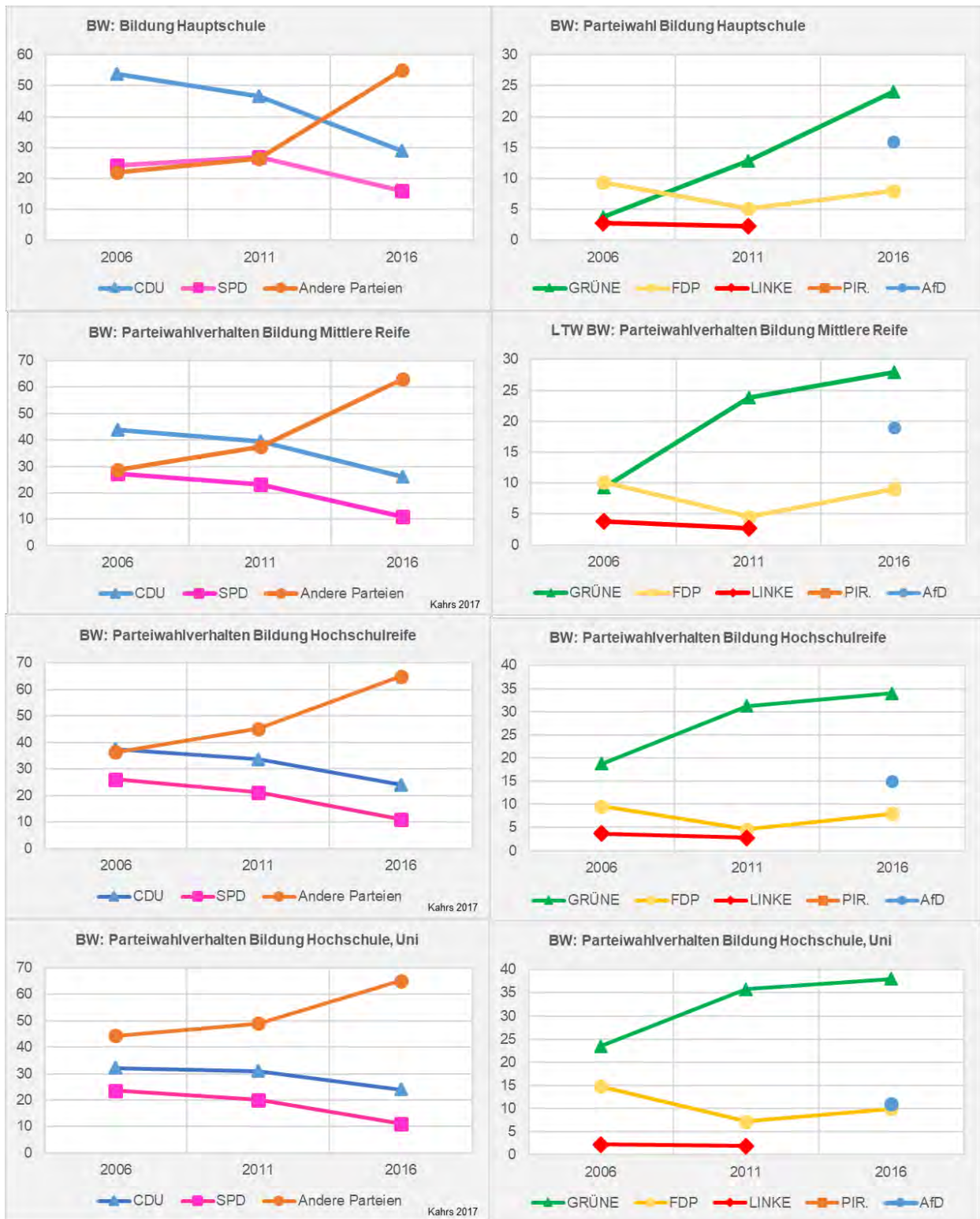


Abbildung 11a: Parteiwahlverhalten von jungen Männern und Frauen in Nordrhein-Westfalen



Abbildung 11b: Parteiwahlverhalten von jungen Männern und Frauen in Sachsen

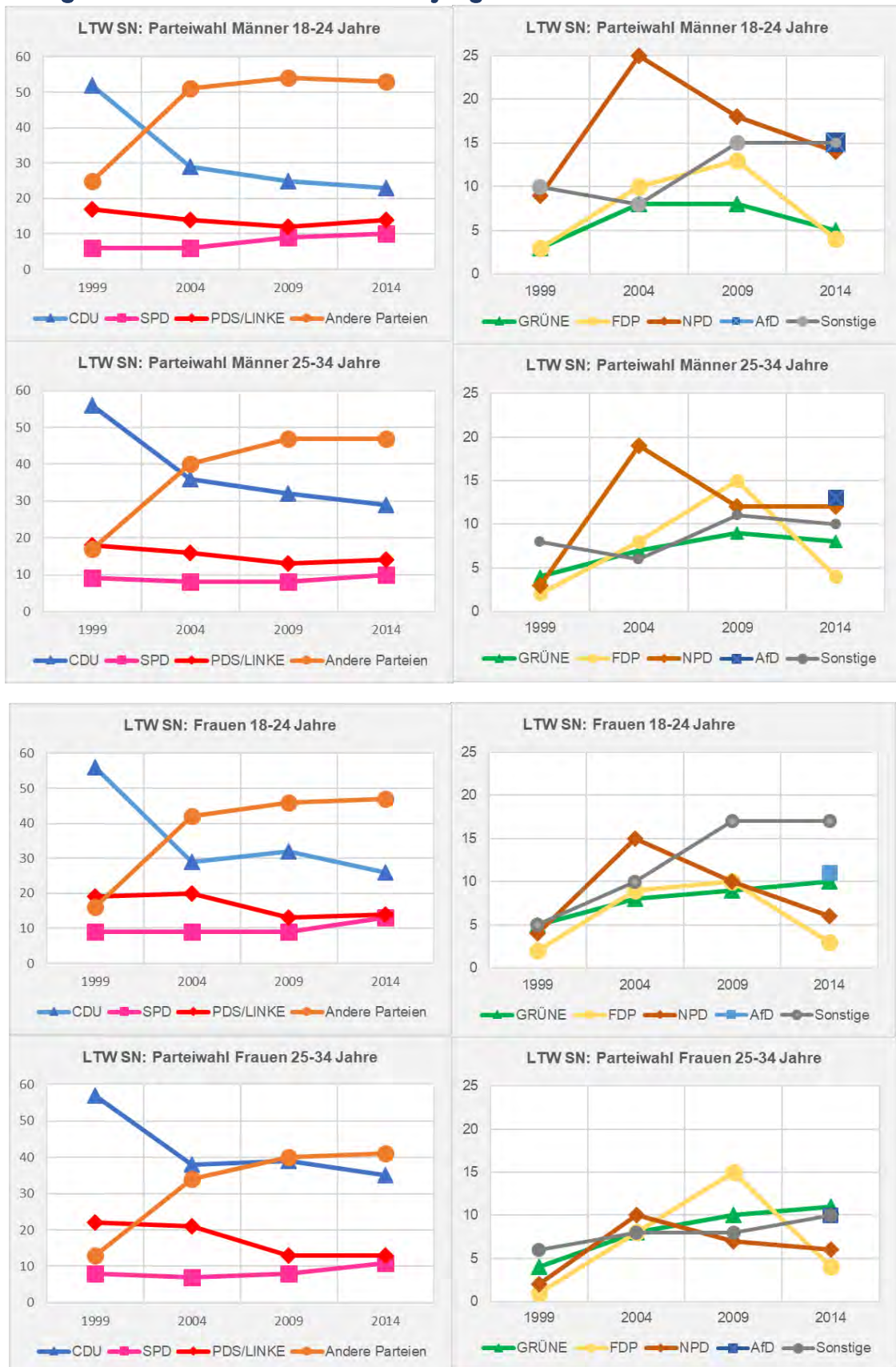


Abbildung 11c: Parteiwahlverhalten von Männern in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen

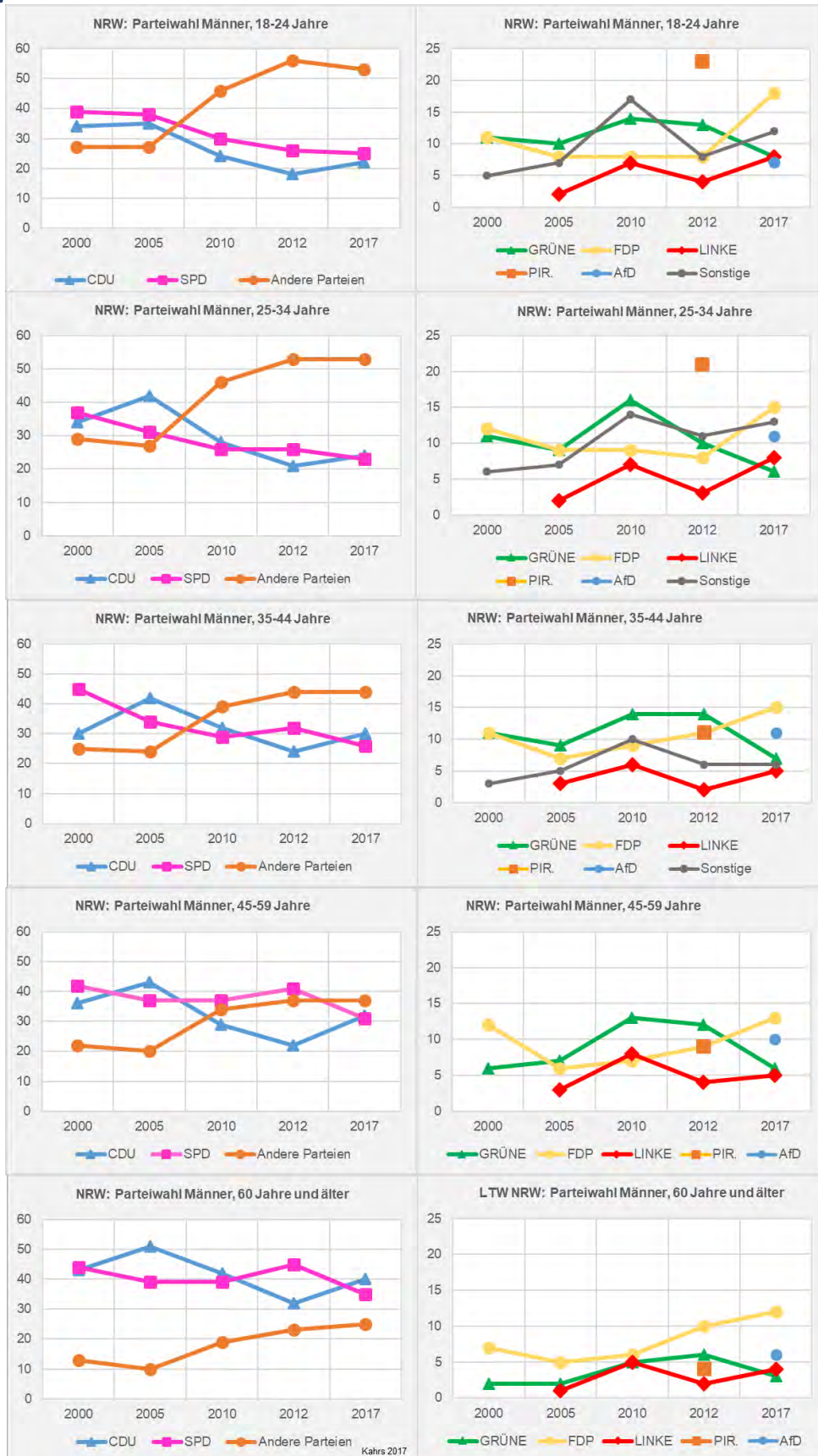


Abbildung 11d: Parteiwahlverhalten von Männern in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen

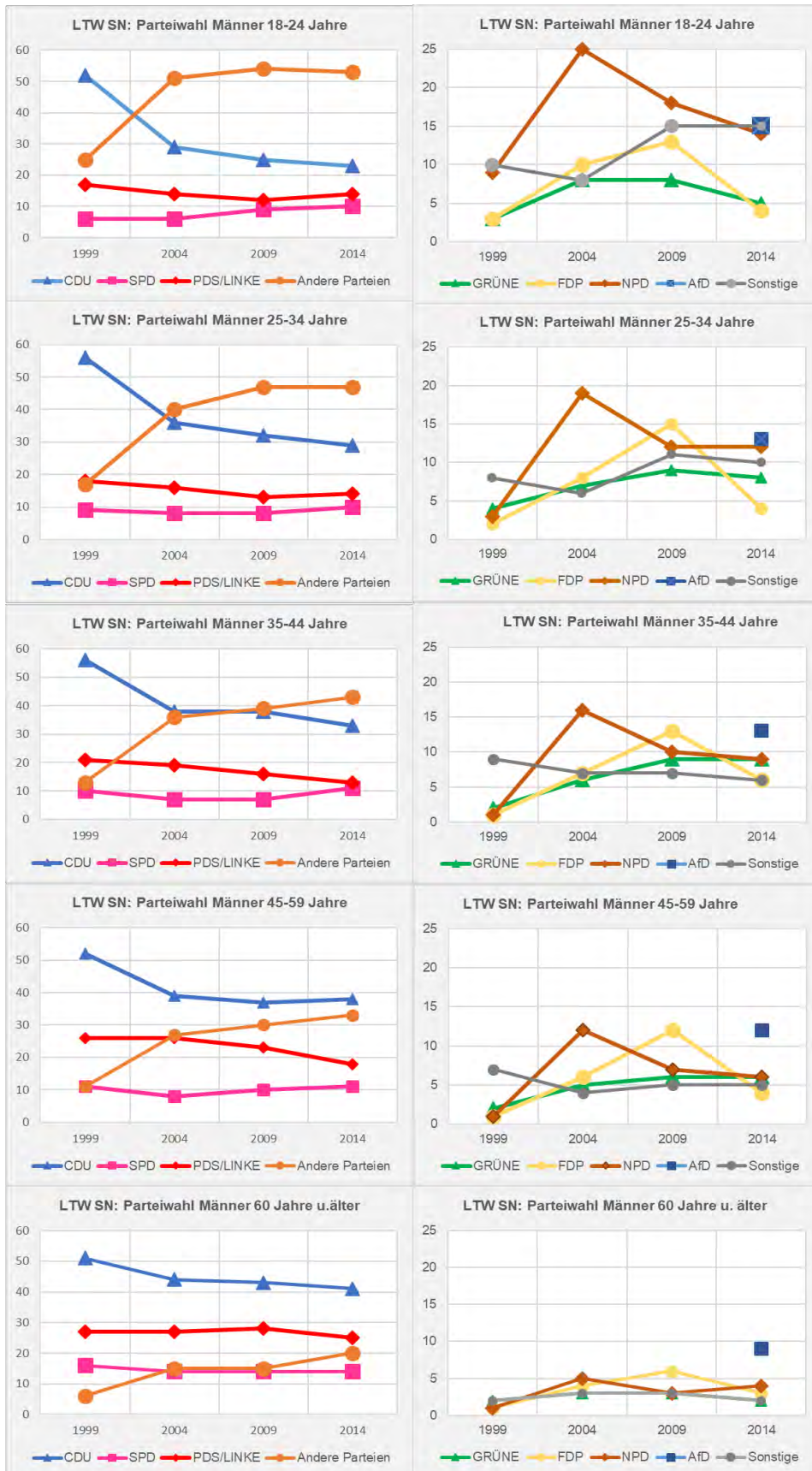


Tabelle 8: Unterschiede im Stimmverhalten jung zu alt

Differenz der Stimmenanteile in jüngster Altersgruppe (16/18-29 Jahre) zu ältester Altersgruppe (ab 60 Jahre) (in Prozentpunkten)								
	CDU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD	NPD	Sonstige
SN 2014	-16,8	-4,8	-9,7	6,6	-0,3	5,7	7,0	12,3
TH 2014	-6,5	-5,9	-17,3	5,1	-0,3	8,5	8,7	7,7
BB 2014	-0,6	-20,8	-7,0	7,6	1,2	6,2	5,9	7,5
HH 2015	-8,6	-15,2	7,4	11,1	-4,0	-0,2		9,5
BW 2016	-7,0	-4,0		-1,0	-3,0	5,0		11,0
RP 2016	-13,9	-7,6	4,0	6,5	-3,1	7,2		6,9
ST 2016	-18,0	-3,0	-9,0	5,0	-1,0	11,0		15,0
MV 2016	-4,0	-16,0	-4,0	8,0	1,0	0,0	6,0	9,0
BE 2016	-7,0	-6,0	1,0	11,0	-3,0	-8,0		12,0
SL 2017	-21,0	-2,4	2,6	6,3	4,0	4,7		5,6
SH 2017	-17,9	-3,1	4,7	6,2	-2,6	2,2		10,5
NRW 2017	-17,0	-8,8	3,7	7,3	0,1	3,8		10,9

Eigene Berechnung; Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen

Tabelle 9: Wählermobilisierung DIE LINKE – Zweitstimmen im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten

Wählermobilisierung (Zweitstimmen/Wahlberechtigte) DIE LINKE in den Ländern 2007-2017							
	LTW nach 2005	BTW09	LTW10	LTW11	LTW12	BTW13	aktuelle LTW
Baden-Württemberg	1,6%	5,1%		1,8%		3,5%	2,0%
Berlin	7,6%	14,1%		6,9%		13,2%	10,3%
Brandenburg	17,7%	18,6%				15,1%	8,7%
Mecklenburg-Vorpommern	9,7%	18,0%		9,1%		13,8%	8,0%
Nordrhein-Westfalen	1,9%	5,9%	3,3%		1,5%	4,4%	3,2%
Rheinland-Pfalz	1,5%	6,6%		1,8%		3,9%	2,0%
Saarland	14,1%	15,3%			9,7%	6,2%	8,8%
Sachsen	10,5%	15,7%				13,7%	9,2%
Sachsen-Anhalt	10,5%	19,2%		11,8%		14,6%	9,8%
Schleswig-Holstein	4,3%	5,7%			1,3%	3,7%	2,4%
Thüringen	15,1%	18,5%				15,7%	14,6%

Brandenburg und Schleswig-Holstein wählten am 27.9.2009 Bundestag und Landtag

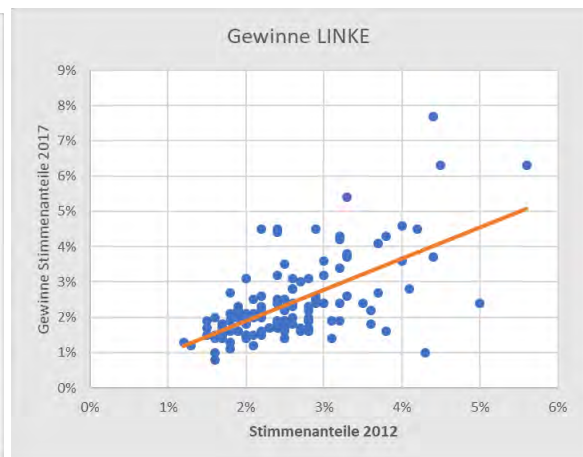
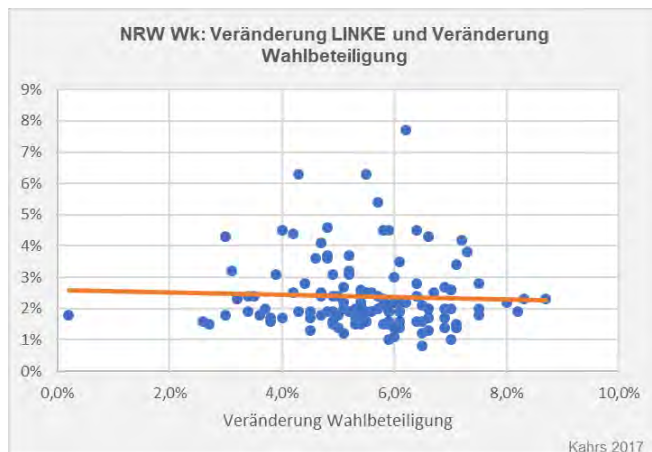
Tabelle 10: Mobilisierung bei der jüngsten Landtagswahl gegenüber Bundestagswahl 2013

Wählermobilisierung bei der jüngsten Landtagswahl im Verhältnis zur Bundestagswahl 2013											
	NRW 17	SH17	SL17	BE16	MV16	ST16	RP16	BW16	BB14	TH14	SN14
Gültige Stimmen	89%	91%	95%	91%	93%	94%	96%	95%	71%	76%	70%
CDU	74%	74%	102%	57%	41%	69%	71%	56%	47%	66%	65%
SPD	87%	78%	91%	80%	160%	56%	127%	59%	98%	59%	59%
FDP	214%	184%	81%	172%	129%	176%	108%	128%	41%	73%	87%
Grüne	71%	124%	67%	112%	103%	124%	67%	260%	93%	88%	82%
LINKE	71%	67%	122%	77%	57%	65%	50%	57%	59%	92%	66%
AfD	168%	117%	113%	263%	343%	547%	252%	273%	145%	131%	101%

Eigene Berechnungen

Landtagswahl NRW – Auswertung Wahlkreise DIE LINKE

Kein Zusammenhang zwischen Anstieg Wahlbeteiligung und Anstieg Stimmenzahl LINKE
 Je stärker 2012, desto größer die Gewinne 2017



- DIE LINKE profitiert nicht von starken Verlusten der SPD, im Gegenteil: je höher die SPD-Verluste, desto niedriger die Gewinne für DIE LINKE
- Anders bei den Grünen: hier gibt es einen starken Zusammenhang – je höher die Verluste der Grünen, desto stärker die Gewinne für DIE LINKE
- Für die Verluste der Piraten-Partei gilt: nur unter örtlichen Besonderheiten (z.B. Kandidatur von bekannten Ex-Piraten in Köln) gehen starke Verluste der Piratenpartei mit starken Gewinnen für die LINKE zusammen

